

„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginzfel u. Dr. Franz Lüdike in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Wln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühren. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschlag an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 11.

Berlin, 14. März 1930.

11. Jahrg.

15. MRZ. 1930

Bundesversammlung des Ostbundes und Verdrängten-Kongreß.

Aussprache über das Polenabkommen. — Allseitige Betonung schwerster Sorgen wegen seiner Folgen. — Die Bedeutung der Ostfragen und die Not des Ostens. — Einmütige Forderungen in der Entschädigungsfrage. — Glänzender Verlauf des Verdrängten-Kongresses. — Erregte Stimmung der Massen.

Die satzungsgemäße Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes am 8. März und der sich anschließende Verdrängten-Kongreß gestalteten sich zu hochbedeutungsvollen Veranstaltungen, deren Wirkungen weit über den Kreis der Teilnehmer und über den Tag hinausreichen werden. Bei beiden Veranstaltungen wurde der Wichtigkeit der Fragen, die dabei erörtert wurden, mitteilend recht lobhaft zu, aber wenn auch in der Beurteilung einzelner Punkte die Meinungen hier und da auseinandergingen, so blieb doch die Einigkeit und Geschlossenheit gewahrt und der Verlauf ein durchaus harmonischer. Kein Wunder, da ja alle von dem gleichen Willen und Streben, Denken und Empfinden befeuert waren!

Bundestagung kamen die verschiedensten Aufgaben des Deutschen Ostbundes mit gleicher Eindringlichkeit zur Geltung: Die Aussprache über das Polenabkommen hatte als bedeutungsvollen Hintergrund den Schutz unserer Brüder und Schwestern in abgetretenen Gebieten und drehte sich vor allem um die Sorge, daß nicht die Wege zu einer Währungsrezession der Ostgrenzen, die unbedingt kommen muß, verhalet werden; die Vorträge des Herrn Bundespräsidenten Dr. Lüdike über die kulturelle Mission des Deutschtums im Osten und über die kulturpolitische Arbeit des Deutschen Ostbundes sowie die mit der Bundestagung verbundene öffentliche Ausstellung wiesen hin auf die große vaterländische Bedeutung der Ostfragen und auf die ungeheuren Räte, in die der Osten diesseits und jenseits der Grenze durch das Diktat von Versailles geraten ist; die Erörterung der Entschädigungsfrage (sowohl in der Bundestagung wie auf dem Verdrängtenkongreß zeigte endlich erneut, in wie nachdrücklicher Weise der Ostbund sich auch der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder annimmt und wie sehr er die Entschädigungsfrage unter dem großen Gesichtswinkel des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft und der Gesundheit unseres Volkstums stellt.

Bei Erörterung dieser wichtigen Fragen hat es sich erneut gezeigt, daß der Deutsche Ostbund eine wirklich überparteiliche Organisation ist. Er hat es dadurch bewiesen, daß er zu seiner Bundestagung alle Fraktionen des Reichstages und des Landtages eingeladen hat, wie auch die Arbeitsgemeinschaft zu der

Rundgebung des Verdrängtenkongresses an alle Fraktionen des Reichstages Einladungen hatte ergoßen lassen. Der parlamentarische Hochbetrieb im Reichstage und die derzeitige Abwesenheit der meisten Vortragsmitglieder brachte es mit sich, daß nicht alle Fraktionen vertreten waren. Wohl aber kam namentlich bezüglich des Polenabkommens das Für und Wider zur Geltung. So daß die sich widersprechenden Interessen scharf beleuchtet wurden und nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit eine Entschädigung angenommen wurde, die noch einmal die Sorgen wegen des Polenabkommens in schärfster Weise hervorbrachte, um zu veranlassen, daß dem Deutschen die Vorteile, die ihnen das Abkommen bringen soll, wirklich gesichert werden, und die ferner die baldige Ausführung und Durchführung eines großzügigen Ostprogramms verlangt, um das Deutschtum in den uns verlassenen Ostgebieten wirtschaftlich und kulturell nicht nur lebensfähig, sondern auf der Höhe zu erhalten und dadurch Wirkungen der Verträge mit Polen, die möglich sind, entgegenzutreten.

Der Wiederaufbau des durch das Schicksal von Versailles zerstückelten Ostens bildete auch einen wesentlichen Punkt bei der großen Rundgebung des Verdrängtenkongresses, indem Herr Bundespräsident Dr. Lüdike in einem allseitig mit größtem Interesse aufgenommenen Vortrage die Bedeutung der Ostfragen dieser Wiedereinmündung auseinandersetzte, den Teilnehmern klar-machend, daß die Preisgabe des Ostens zugleich auch den Niedergang des Vaterlandes bedeuten würde. Um das zu verhindern, trat er nachdrücklich für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau des Ostens und des Wiederaufbaues der Existenzen der ostmärkischen Vertriebenen ein, während Bundespräsident Ginzfel die Entschädigungsforderungen betonte, die die Arbeitsgemeinschaft für die Gefährten der Gefährdeten wie auch für die Ostmärker in besonderer Rücksichtung der Abwandererrechtener, Schadloshaltung für Existenzverluste (s. u.) aufgestellt hat.

So ergänzten sich beide Veranstaltungen in zweckentprechender und wirkungsvoller Weise. Sie haben ersichtlich auch auf die zahlreich anwesenden Vertreter der Presse einen tiefen Eindruck gemacht, was sich aus der Fülle und der Art der Berichte ergibt, die in der ganzen deutschen Presse über die beiden Veranstaltungen erschienen, woran wir in der nächsten Nummer zurückkommen.



Der neue Reichsbankpräsident Reichskanzler a. D. Dr. Cuthbert.

(Text siehe S. 14.)

Wir erwarten, daß Regierung und Reichstag der geschlossenen Stellungnahme der Teilnehmer bei der Veranstaltung durch gebührende Beachtung der aufgestellten und mit allem Nachdruck vertretenen Forderungen Rechnung tragen.

Eine vertrauliche Botsprechung

Wischen dem Mitgliedern des Bundespräsidiums und den Vorsitzenden der Landesverbände am Freitag (7. März) nachmittags im großen Ostbündigungsaal leitete die Ostbünd.-Tagung ein. Es wurden dabei Organisationsfragen besprochen und eine Ansprache über die Vorklagen für die Vertreterversammlung damit verbunden. Die vertrauensvoll geführten Verhandlungen, die sich insbesondere auch mit dem bekannten Ministerialrat über den Ostbünd. beschäftigten, verliefen in allgemeiner Befriedigung. Sie dauerten infolge der eingehenden Erörterungen von nachmittags 3 Uhr bis 8½ Uhr.

Ein unangeforderter Begrüßungsabend

im „Illap“ schloß sich an und ermöglichte Aussprachen zwischen den Teilnehmerinnen über landsmannschaftliche Fragen, über die in der Ostbündarbeit gemachten Erfahrungen und den Austausch von Erinnerungen an die alte Heimat.

Am Sonnabend begannen die Beratungen bereits vormittags 9 Uhr mit einer

Hauptvorstands-sitzung

im kleinen Saal der Brandenburgischen Girozentrale. Fast alle Teilnehmer waren pünktlich zur Stelle. Es fand eine Verlesung über die für die Vorstandswahlen der Vertreterversammlung zu machenden Vorschläge statt, sowie eine eingehende Besprechung der Tages- und Herbeiführung des Bundeskongresses, die auch in der vertraulichen Botsprechung am Freitag schon eingehend erörtert worden war. Mit großer Mehrheit beschloß aus diesem Vorstand wieder, der Vertreterversammlung die Wahlbestätigung des bisherigen Bundesbeitrags zu empfehlen. Außerdem andere geschäftliche Angelegenheiten erörtert worden waren und einmütige Erledigung gefunden hatten, wurde der Ertrag des Ministerialrat Strejflak besprochen und dann in eine Ansprache über das Palenakommen eingetreten, die in der Vertreterversammlung fortgesetzt wurde.

Die Jahreshauptversammlung.

Im großen Sitzungssaal der Brandenburgischen Girozentrale begann um 10 Uhr die oberleitende Hauptversammlung des Deutschen Ostbundes. Ein geeigneter Rahmen für die Veranstaltung war dadurch geschaffen, daß einige Proben aus der im Entschieden begriffenen öffentlichen Wanderausstellung des Deutschen Ostbundes im Saale untergebracht worden waren. Sie gaben durch ihre sorgsame Auswähl und wirksame Anbringung eine Vorstellung von der Arbeit und dem Wert des Ausstellungspalens und sollten für die Anwesenden zugleich ein Anreiz sein, sich an dem Gelingen der Ausstellung zu beteiligen, indem sie aus eigenem oder dem Wils ihrer Freunde und Bekannten weitere Gegenstände zur Verfügung stellen, die sich auf die Geschichte der Ostmark, die Polenfrage, die Aufstands- und Abtreuungszeit, die Grenzprekursionskämpfe und die Wiederarbeitbarbeit beziehen und die in Wert und Bild den deutschen Charakter des geographischen Gebietes unmissverständlich bezeugen.

Zur Jahreshauptversammlung waren die Vertreter sämtlicher Landesverbände und zahlreicher Ortsgruppen aus allen Teilen des Reiches erschienen. Herr Bundespräsident Gieschel konnte in seiner einleitenden Ansprache den hochverehrten Ehrenpräsidenten des Deutschen Ostbundes, Herrn Geh. Rat v. Eyll, begrüßen, dem er für die durch 11 Jahre hindurch in treuester Hingabe an die große Sache geleistete, mühselige Arbeit den wärmsten Dank im Namen der Versammlung aussprach. Redner begrüßte lobend die anwesenden Parlamentarier, die Herren Graf v. Westarp, Cavertzen, Oßler und Fischer, deren Gegenwart deshalb besonders wertvoll sei, weil ihre Fragen zur Erörterung händen, die für den deutschen Osten von grundlegender Bedeutung sind. Entsprechend der überparteilichen Einstellung des Ostbundes seien Einladungen an alle

Fraktionen ergangen, und mit Freude könne festgestellt werden, daß von allen Seiten Schreiben eingegangen seien, die die allgemeine Sympathie und Anerkennung für die Tätigkeit und die Ziele des Bundes bekunden. Von Herrn Dr. Hermann Fischer, dem Direktor des Bundesbundes, einem angesehnen Mitgliede der demokratischen Reichstagsfraktion, gewählt im Wahlbezirk Frankfurt a. d. O.-Grenznark, war folgendes Telegramm eingegangen:

„Bezaure aberjio wie andere an Ostbünd. besonders interessierte Kollegen, an Ihrer Rundgebung durch jüngende parlamentarische Pflichten nicht teilnehmen zu können.“

Dr. Hermann Fischer.“

Bundespräsident Gieschel vermis auf eine Reihe weiterer Beglückungstelegramme und Entschuldigungsbriefe der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei hatte mitteilen lassen, daß ein Vertreter, wenn irgend möglich, an den Tagungen teilnehmen werde. Wenn dies im letzten Augenblick infolge der kritischen Verhältnisse im Reichstag nicht möglich sein sollte, so bitte sie das Ausbleiben entschuldigen zu wollen. Außerdem hatten einzelne Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß sie durch anderweitige bringende Anwesenheit am Erscheinen verhindert seien, so die Herren Reichstagsabgeordneter Freiherr von Rheinbaben und Landtagsabgeordneter Ökonometrat Dr. h. c. Schiffan, der erneut seine warme Anteilnahme an den Bestrebungen des Deutschen Ostbundes hervorhob. Von der Geschäftsstelle der Zentrumspartei war ebenfalls ein Entschuldigungsbrief eingegangen, und von der sozialdemokratischen Partei hatten einzelne Mitglieder, wie Herr Ministerpräsident v. Stöcker, ihr Erscheinen angekündigt, wenn dringende Anwesenheit durch die Parteibotsprechung wegen der Kritik im Reichstag dies nicht im letzten Augenblick unmöglich mache. Im ganzen ergaben diese Zuschriften ein sehr gutes Bild der Partei für die Bestrebungen des Deutschen Ostbundes. Nachdem Herr Gieschel noch die Vertreter der verschiedenen Ostverbände und andere Ehrengäste, wie Herrn Simlikus Wudjahn, begrüßt hatte, hörte die Versammlung lobend die Worte des sprechenden Ehrenpräsidenten, die im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder des Hauptvorstandes, den Herrn Oberbürgermeister Dr. Trautmann, Herrn Rektor Lange und Herrn Hauptlehrer Brauer und all die anderen Mitglieder des Bundes an, die der Tod aus dem Leben der kämpfenden Ostmänner herausgerissen hat.



Der bisherige Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

(Zeit. siehe S. 111.)

Am weiteren Verlaufe seiner Rede führte Herr Bundespräsident Gieschel etwa folgendes aus:

Wir stehen in einer Zeit politischen Hochwollensganges. Mit dem Reuen Plan und dem Polenabkommen verbinden sich Fragen, die für das zukünftige Schicksal des deutschen Ostens von entscheidender Bedeutung sind. Es ist bezeichnend, daß das Polenabkommen auch bei solchen Parteien, die sonst gegenüber unserem südlichen Nachbarn eine einseitige Haltung einnehmen, liebgewonnenen Meinungsäußerungen hervorgehoben hat und daß vor allem Abgeordnete der Volkspartei und des Zentrumspartei, die in der demokratischen Abgeordnete aus dem Osten schwerste Bedenken gegen die Annahme des Abkommens geäußert haben. Der Deutsche Ostbünd hat im „Ostbünd“ und in einer Eingabe an den Reichstag seine Auffassung dahin zum Ausdruck gebracht, daß das Abkommen in der Form, in der es am 31. Oktober letzten Jahres abgeschlossen worden ist, nicht angenommen werden könne. Unter dem Druck der Opposition hat die Reichsregierung in einem Voranschlag mehr oder weniger wesentlichen Verbesserungen hinsichtlich des Deutschstums jenseits der Grenze erreicht. Ob sie als ausreichende Sicherungen anzusehen sind, das ist eben der uns allen aus tiefer Bewegenden Streitfragen.

Herr Gieschel ging dann kurz auf zwei wichtige Fragen ein, die mit dem Reichstag zurzeit vorliegenden Verträgen in Zusammenhang stehen: Zunächst die Entschuldigungen. Im Regierungskompromiß habe man sich auf die Form geeinigt, daß das Reich die Entschuldigungen müsse, wie Polen auf Seite der Entschuldigungen, aber das Schiedsgericht hätte entscheiden müssen. Dadurch wolle man die schlimmen Folgen vermeiden, die eintreten könnten, wenn die Geschädigten Recht bekämen bezüglich der Botscheidung, daß andererseits die Entschuldigungsbestimmungen vorfallungsändernd seien, also von einer Zweidrittelmehrheit beseitigt werden müßten, die man nicht zustande bringen werde. Der Ostbünd müsse grundsätzlich fordern, daß Deutschland nicht schlechter entschädigt, als es Polen tun sollte und hätte tun

müssen, und daß nicht unter allerlei Vorwänden Abzüge gemacht werden, wie es die Reichsregierung zu beabsichtigen scheint. Da es in der Regierungsvorlage heißt, daß alle von den Gefährdeten gegen den polnischen Staat geltend gemachten Ansprüche vom Reich übernommen werden seien, müßte das Reich nunmehr auch

Die Abwanderersteuer erheben.

Da das Reich heute hindurch gemäßer Polen den Standpunkt vertreten habe, daß die durch die Abwanderersteuer Gefährdeten entschädigungsberechtigt sind, könne es sich jetzt nicht selbst dieser Verpflichtung entziehen. Ender müßte aber festgesetzt werden, daß dem Reich, nachdem es nun selbst entschädigungspflichtig geworden ist, mancherlei Bedenken kommen, ob sein früher gegen Polen gerichtetes Verlangen nicht geändert ist. Diese spezielle Frage, die für viele wichtige Oltmärkte von entscheidender Bedeutung ist, dürfte nicht unter den Tisch fallen. Der Reichstag müßte sich hier einer großen Kategorie von Gefährdeten annehmen.

Zu der noch ungeklärten Frage, ob Polen durch den Neuen Plan sanktionsberechtigt wird, führte Herr Linkeel aus, daß, wenn auch nur die Möglichkeit eines polnischen Sanktionsrechtes vorliege, der Oltmarkt für alle getretenen Rücksicht auf die deutsche Minderheit in Polen auf ihr Recht dagegen Anspruch hätte. Poincaré hatte schon beim Vorkranchen den Polen die Erlaubnis zugesagt, auch ihrerseits Sanktionen zu nehmen und bis an die Ober vorzurücken. Damals habe England im letzten Augenblick verhindert, daß der Vorkranch der Polen bis Breslau, Frankfurt a. d. O. und Stettin erfolgte. Vielleicht wären dann auch die Eisenbahnen nicht unzulässig gewesen. Die Wiederkehr einer solchen Möglichkeit müßte allerdings ausgeschlossen sein. Die spezielle Frage, die für viele wichtige Oltmärkte, wie zum Beispiel für den zu erwartenden Handelsvertrag, daß von deutscher Seite alles getan werden müsse, um auch nur den Anschein zu vermeiden, daß sich mit den in diesen Beträgen dem Polen gemachten Zugeständnissen etwa ein verkopptes Oltocorrespondenz. Eine Dauerfreundschaft mit Polen auf Rollen einer Grenzverlebung sei unannehmbar. Alle diese Beträge dürften nicht mehr bedeuten als die Regelung wirtschaftlicher und juristischer Einzelverhältnisse. Beträge von 200 Millionen Mark seien nicht ein Handelsvertrag mit Polen müsse ja schließlich einmal kommen, da man nicht etwa eine einseitige Mauer zwischen Deutschland und Polen bestehen lassen könne und da namentlich die schlesische Industrie und das Gewerbe in den Ostprovinzen den Abschluß eines solchen Vertrages misfallen. Aber er dürfe nicht die deutsche Landwirtschaft überhaupt und die ostpreussische Landwirtschaft und damit die Wirtschaft des Reiches überhaupt in Gefahr bringen. Nicht ein Handelsvertrag, wie ein Handelsvertrag sein und unsere Ansprüchen auf Abänderung der Oltfragen nichts vergeben. Die Reichsregierung dürfe nicht versagen, daß Streifenmaneiener die Oltcorrespondenz abgeschlossen, d. h. die Oltfragen betriebe hat, um im Osten freie Hand zu bekommen und die Abänderung der Oltfragen betreiben zu können. Damals habe sich der Deutsche Oltmarkt im besetzten Grenzgebiet mit seinen Kreisen in Deutschland und Ostpreußen hinter gemeinlich gestellt, weil sie übernahmen nie, daß hier das beste Mittel zur Anknüpfung der Oltfragenabänderung war. Dieser Vorteil der Oltcorrespondenz dürfe jetzt nicht in einem Kaufher-Rausch preisgegeben werden. Dies sei das Hauptproblem. Alles andere komme erst in zweiter Linie. Und weil viele Kreise das Ostens in dieser Beziehung mit Rücksicht seien, verlangen sie die Ablehnung des Oltcorrespondenz. In der Tat sei es gefährlich und könne nur schwerliche Sorgen für unsere Oltpolitik auslösen. Der Deutsche Oltmarkt habe diesen Sorgen immer wieder den schärfsten Ausdruck gegeben. Aber es sei zu bedenken, daß das Polenabkommen ja alle Vorteile der deutschen Minderheit in Polen zuzuwenden müßte. Die sei zu bedroht, daß die Volksgenossen im Reich ihr helfen müßten, und so wie sie nur könnten. Und mit Rücksicht darauf sei der Oltmarkt nicht für die Ablehnung des Abkommens eingetreten, sondern für seine Verwirklichung, damit die deutsche Minderheit in Polen zugewandert werden könne. Das Polenabkommen könne in nächster Zukunft wirken, falls es angenommen werde, aber es müßte es nicht. Ausdrücklich sei für die Wirkung Willen und Gierigkeit unserer Oltpolitik. Die müßte in dem früheren Justizminister Bismarcks orientiert sein und bleiben. Sie dürfe den Osten um keinen Preis preisgeben, sondern müsse mit allen Mitteln die friedliche Grundgewinnung der uns entfallenden Oltgebiete und die internationale Bewegung zu Verbesserung des Ostens im Osten fördern und zugunsten des Ostens vor Verbannung und Polonisierung schützen. (Reb. Beifall).

Ansprachen von Parlamentariern über das Polenabkommen.

Reichstagsabgeordneter Panerenz gab zunächst einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Entschädigungsfrage: Es sei nicht die Frage, ob die Gefährdeten Anspruch auf die Entschädigungsbeträge zu haben hätten. 2. Wird es möglich sein, die Ansprüche der übrigen Gefährdeten wieder neu aufleben zu lassen? Zur ersten Frage führte der Redner u. a. folgendes aus: Die Summe, zu deren Zahlung auf Grund der deutschen Klagen Polen vor dem Schiedsgericht vorausschicklich verurteilt worden wäre, auf 500 Millionen Reichsmark angegeben. Von Regierungsseite ist aber bereits geäußert worden, daß das Reich mit dieser Summe auszukommen nicht in der Lage sei. Es ist nicht möglich, die Restklagen zu klären. Es muß erst abgemindert werden, wie die Entschädigung praktisch durchgeführt wird. Zur Bearbeitung der Entschädigungsfälle aus dem Polenabkommen

wird nicht mehr das Reichsentchädigungsamt, das am 1. April aufgelöst wird, zuständig sein, sondern eine neu zu schaffende, dem Reichsfinanzministerium unterstellte „Entschädigungsstelle“. Erst wenn von dieser Stelle Entscheidungen über die Höhe und Art der Entschädigungen vorliegen, wird es möglich sein, eine grundsätzliche Klärung durch die Anrufung des Reichsentscheidungsgerichts herbeizuführen. Gute Arbeit kann ja von einer solchen Stelle durch Ergreifung geeigneter Maßnahmen, die man erheben, die man erheben, im Einklang gemacht hat, herbeizuführen das allgemeine Mißtrauen gegen das Reich. Im Reichstagsausdruck wird über die Frage noch eingehend zu verhandeln sein.

Sinn Punkt 2 führte der Redner aus: Der Artikel 297 i des Versailleser Diktats legt die Entschädigungspflicht des Deutschen Reiches fest. Man hätte ermaßen sollen, daß die Reichsregierung nichts unversucht zu tun habe, um sich die Erfüllung im Einklang mit der Verpflichtung durch die Rückzahlung der Liquidationsüberschüsse nach Möglichkeit zu erleichtern. Aber das Ergebnis der Verhandlungen in Paris und im Haag ist eine riesengroße Enttäuschung. Acht Liquidationsabkommen mit verschiedenen Staaten sind abgeschlossen worden. Am schmerzlichsten ist der Bericht der Reichsregierung auf die englischen Liquidationsüberschüsse. Das englische Mutterland hat allein 280 Millionen Mk. einbezahlt und die Summe, die verbleibend ist, behauptet nicht, bis zu Stillungszwecken ausgegeben. Der Schatzkanzler S o m e r s hat sich energisch einer Auszahlung der überschüsse widersetzt, da es nicht möglich sei, vom englischen Steuerzahler Gelder zu fordern, die dem deutschen Kriegsschuldner zufließen sollen. Dennoch hatte kategorisch den Bericht Deutschlands auf die überschüsse verlangt und angeordnet, England werde sonst die weitere Hoager Konferenz überhaupt nicht beistehen. Zu den Millionen der englischen Liquidationsüberschüsse, die dem Reichens, auf die Deutschland gleichfalls Bericht geliefert hat, was im ganzen rund 400 Millionen A, also fast eine halbe Milliarde ausmacht. (Hört Hört) Demgegenüber ist es ein magerer Trost, wenn Italien die Herausgabe von 5 Millionen Mark zugesagt hat und wenn von Frankreich rund 7 bis 8 Millionen zu erwarten sind. Diese Summen sollen durch Beihilfen den in jenen Ländern gefährdeten Deutschen zugewendet werden.

Der Abgeordnete Panerenz; ging Johann auf die für alle Verdrängungs- und Gemischtgefahrten wichtige Frage ein, was mit den überschüssen, die bei der Schlußentscheidung erjagt worden sind, geschehen soll. Auf keinen Fall darf zugegeben werden, daß die überschüsse in den allgemeinen Finanztopf wandern. Eine Reichstagsmehrheit hat jetzt beschlossen, die Ersparnisse nur den Gefährdeten zuzuwenden und es ist möglich, daß die überschüsse in den allgemeinen Finanztopf wandern. Die überschüsse soll, die bei der Schlußentscheidung noch nicht völlig durchgeföhrt ist, nichts Näheres bekannt. Sie werden auf mindestens 20 und höchstens 50 Millionen Mark in Schulbuchentragungen geföhrt. Die Reichsregierung hat „wohlwollende Behandlung“ jagelt. Das so notwendige Vertrauen der Gefährdeten zur Entschädigungspolitik des Reiches kann aber nur gewonnen werden, wenn die alte Forderung berücksichtigt wird, daß die großen Gefährdetenverbände über die gemeinsamen Verluste und Kränkungen bei der Verteilung der Mittel zugehört werden. Es kommt also darauf an, schnell und richtig zu helfen.

Im folgenden kritisierte der Redner die Haltung der Reichsregierung in der Behandlung der Schulbuchforderungen. Bei den entstehenden Verdrängungen im Reichsentchädigungsamt habe jeder Einzelmann, Jewohl die Abgeordneten wie die Vertreter der Verbände, angenommen, daß die Schulbuchforderungen mit 6 v. H. verzinst werden sollten. Von Regierungsseite ist damals keine genügende Äußerung gefallen. Trotzdem aber wurden auch die Schulbuchforderungen mit der Kapitalverzinsung von 10 v. H. besetzt, so daß die Gefährdeten tatsächlich nur eine Verzinsung von 5,4 v. H. erhalten und ein entsprechend niedrigerer Kurs notiert wird. Alle Verläufe zur Abschaffung der Steuer sind erfolglos geblieben. Die Ministerien der Finanzen und der Reichsregierung, dem Finanzministerium ist eine Befreiung von der Steuer nicht möglich, weil dadurch das ganze Steuerföhren im Banken getrübt würde. Aber, so führte der Redner aus, als im vergangenen Jahre die Hilferind-Anleihe unter Dach gebracht werden sollte, da ging es auf einmal. Viele Papiere wurden nicht nur von der Kapitalverzinsung, sondern auch von anderen Steuern befreit. Das dort möglich war, ohne daß das Steuerföhren unannehmlich muß auch bei den Schulbuchforderungen ein entsprechendes möglich sein. Der Kurs würde sich durch die Abschaffung der Steuer um 5 bis 10 v. H. heben, was den Verkauf des Papiers erheblich erleichtern und vielen Gefährdeten eine wertvolle Hilfe sein würde. Noch schlimmer ist es um den zweiten Cup der Schulbuchforderungen, die Wiederaufbauzuschläge, welche, die jaget erst ab 1945 eine bestehende Verzinsung gemöhren. Auch hier muß bisher von Seiten des Reichsfinanzministeriums kein Entschädigungserfolg erzielt werden. 3. Arbeitsschutz. Die Frage der Verzinsung beantwortet. Um Ansehen an die Entschädigungsfrage ging der Abgeordnete Panerenz; auch auf die anderen Teile des Polenabkommens ein. In der Sanktionsfrage, so jagte er, Jahn er und seine Freunde sehr nichtern und sehr schwarz. Es ist eine Auslegungssache, bei der immer der Stärkere das Recht auf seiner Seite hat. Da sich die Reichsregierung auf den Standpunkt stellt, daß das Liquidationsabkommen nicht erfüllt werden kann, so ist es nicht möglich, sich mit einem nur mit geringer Mehrheit, nicht mehr zu verbinden. Sein wichtiges Ereignis ist, daß Polen von der ungeheuren Last befreit wird, die auf ihm durch den 2½-Milliarde-Anspruch Deutschlands gelagelt hat. Am, da es

von der Schuld befreit ist, wird es in höherem Maße kredit- und zahlungsfähig sein. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die Polen dieser Entlohnung eine Kräftigung des polnischen Exportes als Bedingung setzen wird. Jedem liegt die Erhaltung der 1200 deutschen Arbeitskräfte in Polen vornehmlich am Herzen; aber wir haben keinen Grund, an die politische Vertragstreue zu glauben. Deshalb befristeten wir, daß die Opfer, die wir in dem Abkommen bringen, nutzlos sein werden.

Am Schluß kam der Abgeordnete noch auf die **Emigrantensteuer** zu sprechen: Den Abgeordneten, die sich für eine Erhebung der Steuer einsetzten, werde immer entgegengehalten, daß keine genaues Zahlen über die zeitweilige Arbeitslosigkeit in Polen in Zusammenhang mit dem Abkommen vorliegt, und daß es daher nicht möglich ist, an eine Entschädigung heranzutreten. Darauf erwiderte Bundespräsident Gieseler, daß der Deutsche Ostbund seinerzeit eine Annahme der Abwanderersteuer durchgeführt hat, daß das Material beim Reichensfähigungsamt liegt und daß seinerzeit in amtlichen Berichten die Schätzungen der in Frage kommenden Werte festgehalten haben. Angeführt also müsse man darüber schon Bescheid. Der Reichstag solle sich hier nicht mit Ausläufern abgeben lassen.

Die schon mehrfach angedeuteten Bedenken gegen das Polenabkommen führte der Reichstagsabgeordnete O. H. in temperamentvoller Weise weiter aus: Die Nachrichten, daß auf die Reichsregierung von Paris und London der ein Druck ausgeübt worden ist, um die Verträge mit Polen zu erzwängen, scheinen zuzustimmen. Wenn das aber so ist, dann ist es unethisch, warum man sich nicht über den deutschen Öffentlichkeit Vertrag als notwendig empfiehlt und nicht offen und vor aller Welt bekennt, daß sie nicht freiwillig handelt, sondern unter dem Diktat der Mächte leidet.

Herr Westarp ging in längerer Rede gleichfalls auf die politische Seite des Liquidationsabkommens ein. Wenn auch keine Aussicht mehr besteht, die Ratifizierung zu verhindern oder hinauszuschieben, so muß doch Klarheit über den Inhalt geschaffen werden. Wenn sich über Deutschen in Polen, nachdem sie das Abkommen anfänglich nicht abgelehnt hatten, nunmehr für seine Annahme ausgesprochen haben, so ist das menschlich verständlich; ein Verlinker greift nach dem Strohhalm, um sich zu retten; auch darf man nicht vergessen, daß in den letzten Monaten gegen die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg z. B., die sich zuerst gegen das Abkommen ausgesprochen und später ihre Haltung abgemildert hat, eine ganze Reihe von Protesten durchgeführt worden sind, die nachher in eine Erklärung über die Stellungnahme gebillett sein mögen. Die Haltung der Deutschen in Polen kann für uns also nicht allein entscheidend sein. Wir haben zu fragen, ob das Reich durch die Verträge geschwächt oder gestärkt wird; denn nur ein starkes Vaterland wird in der Lage sein, seine Volksgenossen im Ausland zu schützen. Weber im Abkommen selbst noch im Notenwechsel ist der Schutz der deutschen Minderheit von Polen gebührendt worden. Die Rechte der Minderheit ist das Selbstbestimmungsrecht im Verträge an die Polen noch genügend Freiheit in der Mindernde des deutschen Grundbesitzes lassen. Er hebt vor allem das Agrarreformgesetz hervor, das Polen gerade in der Zeit, in der über den Vertrag noch verhandelt wird, erneut zur Anwendung bringt, gleichsam als ob es seinen wolle, daß der Kampf gegen die Minderheit trotz aller Abkommen fortgesetzt wird. Es bleibt wohl der Weg zum Völkerbund, daß aber von Grenz für die Minderheiten nichts zu erwarten ist, müssen wir nur zu gut. Zu den wichtigsten Mitteln, mit denen Polen die Zugeländnisse des Abkommens wieder illusorisch macht, gehört weiter u. a. die Grenzjenerverordnung. Trotz des Notwendigkeits unterliegen die Opantensöhne noch dem Fremdenrecht auf. Polen geht aus den Verhandlungen gestärkt hervor. Es trifft zu, daß das Abkommen formal kein *Oplocanon* enthält und daß Polen aus dem Wertfall keinen deutschen Verzicht auf eine Grenzrevision herleiten kann. Es kommt aber auf die materielle Auswirkung des Vertragsvertrages an. Es wird immer gesagt: Polen ist da, ist eine politische Tatsache. Es wird nicht übergehen darf. Sollen wir daraus aber den Schluß ziehen, daß Deutschland diese Tatsache nicht verurteilen soll? Dr. Curtius hat im Reichstagsausdruck eine „Politik zum Schutze der Ostmark“ vorgelegt. Können die Forderungen des Ostens noch materieller Hilfe und innerer Entwicklung ist, jene bedrohte Ostmark als die Minderheiten finden, wenn die bei den internationalen Verhandlungen beteiligten Reichsmitglieder Weisheitsprüche sind und wenn ich unter den Mitgliedern der beratenden Ausschüsse nur einige wenige Ostmärker befinden? (Sehr richtig.) Man muß der Regierung zurufen: Höret endlich in den Offizien einmal a) auf die Leute aus dem Osten! Gebt nicht an der Tatsache vorbei, daß alle Ostmärker aller Parteien die demopolitisch der Regierung entgegen setzen. Es kommt aber auf die Leistungen des Abkommens selbst zwischen dem Neuen Plan und dem Polenabkommen kein rechtliches, aber ein politisches Junktim. Die Hartnäckigkeit, mit der Dr. Curtius an dieser These von der Notwendigkeit einer gleichzeitigen Ratifikation beider Vertragswerke selbst, ohne eine ausreichende Begründung geben zu können, drängt die Frage auf, ob die Reichsregierung nicht den Westmächten gegenüber ein Zugeständnis gemacht hat, das die Leistungen der Reichsregierung offensichtlich verschlechtert. Wenn Frankreich und England auf Berlin einen Druck zu Gunsten Polens ausüben, dann kann man daraus erwarten, wie groß ihr Interesse an einer Stärkung Polens und damit an der Niederhaltung Deutsch-

lands ist. Diese Erkenntnis sollte Veranlassung zu offener und klarer Ablehnung sein. Und wenn man sich dem Druck vielleicht doch fügen muß, dann soll man ehrlich genug sein, zu bekennen, daß man den Vertrag nicht annimmt, weil man ihn für gut und richtig hält, sondern nur, weil man durch die politische Politik zur Unterschrift unter das Diktat gezwungen wird.

Landtagsabgeordneter Wischke betonte, ihm scheine, daß man hier zwei Politik mit dem Gefühl meide, statt mit dem Verstande. Die Klugheit gebiete, wie das Beispiel Englands beweise, eine Annäherung an die Feinde zu suchen, um sie durch Bündnisse und Verträge am eigenen Wohlergehen zu interessieren. Es ist bedauerlich, daß bei der Ratifizierung des „Polenabkommens“ die Notwendigkeit der Klarheit erforderlich ist (wie a. Strengeform für solchen Fall alle Umstände); denn eine Zweidrittelmehrheit hätte jede Partei und alle Abgeordneten zu eindeutiger Stellungnahme gezwungen und verhindert, daß sich dieser oder jener der verantwortlichen Abstimmung entzieht. Wenn die Verträge nicht ratifiziert werden, kann die deutsche Wirtschaft nicht zur Ruhe kommen; und wenn das nicht der Fall ist, wird es auch nicht möglich sein, dem Osten die harte Hilfe zu bringen, deren er bedarf und bald bedarf. Ablehnung des Hauptplans würde eine wirtschaftliche Katastrophe und damit den völligen Ruin des Ostens bedeuten. Wenn Industrie und Gewerbe bitten um den Abschluß des Handelsvertrages mit Polen, während ihn die Landwirtschaft bekämpft. Wie überall sonst, wo es sich um wirtschaftliche Fragen handelt, so gibt es auch hier keine völlig geschlossene, einheitliche Front. Wir müssen, und das Ganze ist selten, einen sehr großen Unterschied machen. Es geht nicht, daß sich die Wirtschaften einseitig einigsetzt aufeinander angehen, denn, immer schließlich gegeneinander stehen. Wir werden auf die Polen einen weit stärkeren Druck ausüben können, wenn wir mit ihnen in lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen stehen. Wir hindern die Schwächeren; der hartnäckige Kampf gegen den Stärkeren bringt keinen Gewinn. Nach diesen häufig durch Zuschnitten unterbrochenen Ausführungen wandte sich Herr Westarp gegen die Minderheit des Ostens. Sie fragen wegen der Folgen des Polenabkommens, betonte der volkspolitische Katastrophe zu, die durch den Rückgang der Geburten und die Abwanderung dem Osten droht. Mit materieller Hilfe sei es nicht genug; das Entscheidende im Kampf um die Ostmark sei die Aufriistung einer großen sittlichen Idee, die uns zu völliger Erneuerung führt.

Aussprache über das Polenabkommen.

Bundespräsident Gieseler dankte den Herren Parlamentariern für ihre Ausführungen und wies darauf hin, daß in ihnen das Für und Wider bezüglich des Polenabkommens scharf zum Ausdruck gekommen sei und daß alle Redner die schwere Sorge um Ausdruck gebracht haben, die die meisten Kreise wegen des „Polenabkommens“ erfüllt. Die schwere Sorge, die die meisten Kreise wegen des Abkommens haben, der nicht unter ihnen liege, auch wenn es als Regierungsamt oder Parlamentarier sich für verpflichtet halte, für das Polenabkommen einzutreten. Im Parlament und wohl auch sonst in der Öffentlichkeit ist die Frage vielfach zu sehr unter dem rein innenpolitischen Gesichtswinkel gesehen worden und so leidet auch wieder zu einer parteipolitischen Streitfrage geworden. Die parteipolitische der größten Gemüts auf die Abwicklung seines der politischen Charakters lege, müsse sich aus dem parteipolitischen Streit fernhalten, aber seinen Einfluß nicht belohnen mit allem Nachdruck geltend machen. Man müsse Herrn Hül. Pöschke darin bestimmen, daß Politik nicht mit dem Gefühl gemacht werden dürfe, sondern mit dem Verstand gemacht werden müsse. Bei den Ostmärkern spreche hier aber das Herz bagelwillermesse in lebenspolitischen Welle mit, denn hier gebe es um die Zukunft des Deutschen Ostens mit der Grenze der Ostmark. Dabei muß das Deutschland jenseits der Grenze in erster Linie stehen, denn es ist am meisten gefährdet und könne sich allein ohne die Rückwendung der Deutschen im Reiche am wenigsten helfen. Hauptziel des Ostbundes sei und bleibe die Zurückgewinnung der uns entzogenen Gebiete. Erstreben wir diese aber, so haben wir das allergrößte Interesse daran, daß mit jedem erlaubten Mittel der weiteren Entäußerung dieser Gebiete Einhalt gesetzt werden. Die nationalpolitischen Forderungen geben uns eine Zurückgabe der Gebiete zu überwinden bieten, wären, die in dem parlamentarisch-demokratisch regierten Deutschland nun einmal die Verhältnisse liegen, ungeheuerlich. Darum ist es nicht nur vom Standpunkt der deutschen Minderheit in Polen zu verstehen, wenn diese für das Abkommen sei, sondern auch wir müßten diese Frage von dieser Seite her ebenfalls ansehen. Es handle sich bei den Liquidations um rund 50 000 Hektar deutschen Grundbesitzes, die bei der polnischen Liquidation dem Ostbunden an dem „Polenamt“ zugeteilt, sowie um rund 300 Stadtgrundstücke, ferner um 12 000 „Anliegerfamilien mit 80 000 Köpfe, die in der Gegend leben, daß ihre Bestigungen durch Ausübung des Wiedereinkaufrechts Tausende Polens dem Deutschland verloren gehen. Es stehen hier also Dinge von größter Tragweite auf dem Spiele. Greiß können man sagen, und auch der Deutsche Ostbund habe das mit allen Raubkräften in seiner Eingabe an die Reichsregierung mit dem Ostbunden gebittet, daß die Opfer, die Deutschland leisten sollte, nicht an Geld, sondern auch in Form von allerbald polnisch höchst wertvollen Erbschaften, viel zu groß für das polnische Entgegenkommen seien. Denn der Neue Plan schreibe ausdrücklich vor, daß alle Mächte die Kriegsoligaten zu liquidieren haben und daß am 1. September 1929 ab Liquidations nicht mehr zulässig sind. Die Polen haben sich aber eine eigene

nähern auf die Mittel ein, mit denen der Obband für den Osten nicht. Diese Werbung wird erfolgreich sein, wenn wir sie mit starkem Idealismus und großem Glauben erfüllen. Im Willen zu seiner Zukunft, d. h. im Willen für die Ostmark, muß Deutschland einig sein. (Bb. Beifall.) Bundespräsident Gieseler dankte Herrn Dr. Widtke für den Vortrag und die Arbeit der Kulturbteilung während des abgelaufenen Jahres, insbesondere auch für die Vorbereitung der Ost-Statistik, die der Herr von Slesinger und Dr. Zimmer, Allenstein, erfolgreich mitgearbeitet haben. Er wies auf den Wert des Obband-Archivs hin, in dem sich bereits eine ganze Anzahl Dokumente von historischer Bedeutung befinden, wie die Ausstellung beweihe, und bat um weitere rege Unterstützung durch Geld- und Sachspenden.

Aus der Verlesung heraus wurden Vorschläge für den Ausbau der Kulturbartei gemacht. Herr Gymnasialdirektor a. D. Dr. Piman, Halle a. d. S., trat dafür ein, daß möglichst bald eine von deutschen Standpunkt aus geschriebene Geschichte des polnischen Landes geschrieben werden möchte, nachdem polnische Verfassungen bereits vorliegen. Er wies dabei auf die von Beteln für die Geschichte der Grenzmark Polen-Westpreußen eingeleitete Materialsammlung hin. Über diese machten Herr Oberlehrerdirektor Remer, Schneidemühl, und Herr Pandegründsdirektor Schroer, Westphalen, nähere Mitteilungen. — Herr Dr. Hoffmeister legte die Herausgabe eines kurz gefaßten Ostmarkbuches für die Mitglieder und besonders auch für die Jugend an, in dem alle für den Osten wichtigsten Fragen in gekürzter Form behandelt werden sollen.

Nach einer Mittagspause wurden die Beratungen fortgesetzt. Herr Bundespräsident Gieseler hielt einen Vortrag über die

Entschädigungsfrage.

Rebner ging zunächst auf die Entschädigungen auf Grund des Polenabkommens ein, die den verdrängten Landbesitzern, den aus dem polnischen Gebiet vertriebenen und anderen Besitzern, die indirekt liquidiert worden sind, namentlich den Grundbesitzern, zu zahlen sind. Er wies hin auf die völlig unzulängliche Regelung dieser Entschädigungsfrage, wie sie von der Regierung nach der Begründung des Polenabkommens geplant war, teilte dann das Abkommen der Regierungen mit, das eine wesentliche Verbesserung vorstellt, aber nach wie vor, wohl mit einer gewissen Absicht, so behaupten zu lassen, daß die Entschädigungsberechtigten sehr viel herauszubekommen, aber eine entsprechende Entschädigung nicht möglich ist. Das Kompromiß sollte zwar eine Verstärkung auf der Basis einer Vollentschädigung dar, wenn aber die Geschädigten infolgedessen etwa nicht mehr zahlen, daß sie den Betrag zinslos Zinsen erhalten würden, der für sie beim deutsch-polnischen Gerichtsstand eingeklagt werden soll, so werden wahrscheinlich viele von ihnen enttäuscht werden, denn die Regierung werde ja nun versuchen, die Geschädigten auf Grundbesitzern herabzusetzen, den die sie in gegenüber anerkannt haben, und sie werde außerdem versuchen, Abzüge zu machen, wenn dies auch vielleicht nicht in dem Umfang möglich ist, wie sie es ursprünglich geplant hatte. Dazu komme, daß die Entschädigung so nicht in bar gezahlt werden, sondern in Schuldbucheintragungen, und daß diese nach dem erwähnten Kompromiß zwar mit 7 o. H. (statt bisher mit 6 o. H.) verzinst werden, aber in den ersten fünf Jahren nicht amortisierbar sein sollen, so daß also die Geschädigten, die dringende bares Geld brauchen, auch in diesen Fällen wieder eine lange Wartezeit durchleben müssen, ehe die Entschädigung für sie eine gründliche Hilfe darstellt. — Eine große Enttäuschung für viele ostmärkische Verdrängte ist es ferner, daß die Regierung anscheinend nicht geneigt ist, ohne weiteres die Rückzahlung der Abwanderersteuer zu übernehmen, daß sie vielmehr die Entschädigung durch den Reichsmittelgerichts behördenverfahren über Deutschland zur Rückzahlung dieser Steuer auf Grund des Polenabkommens vertritt. Sei. Der Reichstag habe es in der Hand, die Regierung darauf festzusetzen, daß sie hier eine selbstverständlichen Pflicht den Geschädigten gegenüber genüge.

Was die Neuaufrufung der Entschädigung für diejenigen Verdrängten und Liquidationsgeschädigten, die auf Grund des Kriegsfriedensabkommens entschädigt worden sind, anlangt, so werde bei der Sonntagabendung alles näher gesagt werden, so daß er, Rebner, sich auf die Verlesung der wichtigsten Gesichtspunkte beschränken könne. Er legte dann die Vorlesung des Sonderprogramms der Arbeitsgemeinschaft sozialer Hilfsfonds für Klein- und Mittelgeschädigte, Existenzverluste, Hochbetagte usw.) näher dar und betonte, daß diese ihr altes früheres Programm aufrecht erhalte und verlange, daß sie ihren grundlegenden von der Regierung die Berechtigung der Ansprüche der Geschädigten anerkannt werde und daß die Ansprüche möglichst im Zusammenhange mit der großen Reichsfinanzreform im Anschluß daran gelöst werden. Der Redner ein Schreiben des Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes Herrn Dr. Karpinski bekannt, in dem dieser bezeugt, durch wichtige Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium über den Personalabbau und die Auflösung des Reichsentschädigungsamtes am persönlichen Ersuchen verbindlich zu sein. Gleichfalls teilte Rebner die ihm von Herrn Dr. Karpinski mitgeteilten interessanten Zahlen über den Stand der Entschädigungsleistungen mit und insbesondere auch bezüglich der ostmärkischen Geschädigten, die wir auf Seite 140 wiedergeben, mit. Rebner schloß mit einigen ver-

traulichen Mitteilungen über die Behandlung der Entschädigungsfrage und mit der Bekanntheit der Entschädigung, die dem Verdrängtenkongress vorgelegt werden soll. Diese Entschädigung wurde einstimmig angenommen. Im Anschluß daran erfolgte die einstimmige Annahme der vom Redner vorgeschlagenen

Entschädigung über die Rückzahlung der Abwanderersteuer:

„Die Bundesversammlung des Deutschen Ostlandes erwartet von Regierung und Reichstag, daß die Zurückzahlung der freien Polens reichsamtig von den verdrängten Deutschen erhobenen Abwanderersteuer auf Grund des Liquidationsabkommens mit Polen ausdrücklich festgelegt wird, und daß die Zurückzahlung tunlichst unter Einbeziehung der Interessenvertretung des Ostlandes erfolgt. Die Reichsregierung hat seit vielen Jahren die zum Abschluß des Polenabkommens festgesetzte Forderung der Zurückzahlung dieser Steuer zum Standpunkt vertreten, daß Polen zahlungspflichtig ist. Sie darf sich jetzt nicht der Verpflichtung entziehen, diese Geschädigten ihrerseits angemessen zu entschädigen, nachdem Deutschland im Polenabkommen für solche Entschädigungen an Stelle Polens getreten ist. Der Deutsche Ostband legt auf eine getreue Regelung dieser Frage ein umso größeres Gewicht, als die meisten Verdrängten durch den Umzug zur Entschädigung der Abwanderersteuer ihres letzten Barmögens beraubt, ja vielfach gepönbelt wurden. Schuldlos zu machen, um diese Steuer entrichten zu können, und dadurch ins Elend gekommen zu sein.“

Herr Bundespräsident Geheimrat Schmidt, der den Vorfall übernommen hatte, dankte dem Redner für seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen und unterließ sich einmal die Forderung, daß bei der Durchführung des Sonderprogramms der Arbeitsgemeinschaft die großen Selbsthilfeverbände der Geschädigten zu sagen werden müßten. Herr Wada, Hannover, beantragte, der Ostband möge sich dafür einsetzen, daß die im Wege der Regierungen Ausgewiesenen und die als Zeilen Geschädigten des Liquidationsgeschädigten gleichgestellt werden und daß die Fälle nachgeprüft werden möchten, in denen nach einer Entscheidung des Reichsmittelgerichts Geschädigte durch die Art der Hypothekendarstellung zu kurz gekommen seien. Herr Gieseler legte Verwirklichung dieser Wünsche hin. Nachdem Herr Geheimrat Schmidt eine von Herrn Schreiber, Magdeburg, gestellte Frage dahin beantwortet hatte, daß Schuldverordnungen als Verzinsung gelten und daher vom letzten Jahre ab entsprechend veräußert werden müßten, wurden die Vertreter für die gemeinschaftliche Lager der Selbsthilfeverbände gewählt; durch Zufall wurden dafür bestimmt die Herren Wada, Osterreich, Dr. Wering, Kalschki, Panzke, Nixke und Wöhmer. Diese Herren traten um 10 Uhr zu einer Versammlung mit den Vertretern der anderen Selbsthilfeverbände im Hause der Jugendvereine zusammen.

Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten.

Die folgenden Punkte der Tagesordnung konnten rasch erledigt werden. Auf eine Verlesung des 11. Jahresberichtes wurde, da er den Teilnehmern im Druck vorlag, verzichtet. Der Bericht wurde genehmigt. Herr Gieseler dankte allen Mitarbeitern für ihre treue hingebende Arbeit.

Herr Geheimrat Schmidt erstattete den Kassenbericht für 1929 und legte den Voranschlag für 1930 vor, der die Zustimmung der Versammlung fand. Der Rechnungspräsident, Herr Wada, Berlin, lobte die vorbildliche Sparsamkeit und musterhafte Buchführung; auf sein Ersuchen wurde dem Präsidium einstimmig Entlassung erteilt. Herr Gieseler dankte Herrn Geheimrat Schmidt für die sorgfältige Führung der umfangreichen Kassenangelegenheiten seiner langjährigen vielen Arbeit. Der Voranschlag schloß mit einer Ausgabe von rund 254.000 M ab, an einer etwas höheren Summe wie der vorjährigen. Dabei sind natürlich die wesentlichen Änderungen — nämlich die Nichtzahlung der Siedlungsleistungspflicht, die Wohnungsbaugewinnlose, eigene Rechtsträger sind —, vor allem beispielsweise das „Ostland“ der „Ostdeutsche Heimatkalender“ usw.

In den Hauptortsaal wiedergewählt wurden: Archivar Dr. Ruppe, Stettin, Stadtbürosekretär i. R. Stephan, Berlin, Konrektor Vater, Berlin, Juliusruh Hof, Frankfurt a. d. O., Oberpräsident von Wilau, Schneidemühl, Reichstagsabgeordneter: Exzellenz Vilsbäck, Oberbürgermeister Dr. Rinne, Frankfurt a. d. O., Oberbürgermeister Dr. Jochenberg, Schöneberg, Oberbürgermeister Dr. Schab, Breslau, Schulrat Dr. Rehdike, Greifswald, Rektor Oetth, Stettin, Geschäftsführer der Ostbundesjugend, Inhaber Sempel, Berlin, Rektor Schuber, Rathenow, Oberlehrerpräsident Usnald, Berlin, Frau von Nimburg, Berlin, Frauenin Mathias, Marietta; ferner als Vertreter von Landesverbänden die Herren: Blum, Potsdam, Frau Schulz, Berlin, Art, Leipzig, Dr. Hoffmeister, Wada, Hannover, Dr. Jochenberg, Magdeburg, Schöneberg, Berlin, Rathor, Serrath, Erfurt, Bielefeld, Hannover, Bremen, Dahler, Elbing, Scharlach und König, Breslau, Krause, Köslin, Bremer, Schneidemühl, Kronke, Frankfurt a. d. O., Sloegel, Müller-Stiefel, Glogau, Glogau, Grünberg, Dr. Vinnas, Halle, Meißner, Danzig, Mankowski, Cüen, Ralawoja, Scherwin, Dräger, Frankfurt a. M., Dr. Rupprecht, Königsberg-Pr., Heyn, Köln. — Eingeklagt wurden: Stadtbürosekretär Schmidt i, Stettin, der Vorsitzenden des Vereines Vork. Neubrandenburger, und Angehörigen aus den abgetretenen Gebieten, Beamtenabteilung des

Deutschen Oltbundes, und Oberstadtschulrat J. Fröhke, Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden und 2. Vorsitzender des Landesverbandes für den Freistaat Sachsen.

Hinsichtlich der Wahl der Rechnungsprüfer wurde auf Wunsch des Landesverbandes Berlin-Brandenburg beschlossen, insofern eine Änderung eintreten sollte, als die beiden Rechnungsprüfer nicht mehr, wie bisher, stets von diesem Landesverband gestellt werden sollen. Zu Zukunft wird immer je einer der Herren vom Landesverband Berlin-Brandenburg und der andere abwechselnd von einem der anderen Landesverbände gestellt. Für das laufende Geschäftsjahr wurde neben Herrn Bode, Bernau (Vertreter Herr Blume, Berlin) ein Vertreter des Landesverbandes Grenzmark, Herr Stadtschreiber Dr. W. H. Schönbauer, und des dessen Vertreter Herr Stadtschreiber Dr. M. K. Strauß, gewählt.

Darauf wurde ein Ausschuss zur Änderung der Satzungen eingesetzt, der sich gemäß den Vorschlägen des Hauptvorstandes aus folgenden Herren zusammensetzt: Geheimrat Schmidt als Vertreter des Bundespräsidiums, Dr. Hoffmeister, Kontraktor Vater und R. S. Fröhke, Frankfurt.

Serner wurde ein Finanzauschuss eingesetzt, der sich aus dem Vertreter der Landesverbände im Freistaat zusammensetzt.

Herr Landespräsident G. S. J. behielt sich sodann eingehend und unter lebhafter Zustimmung der Versammlung über die nächste Bundestagung in Hamburg (22. bis 24. August), über die demnächst in Rundschreiben an alle Ortsgruppen Näheres mitgeteilt wird.

Zum Punkt Organisationsfragen erörterte Herr Landespräsident G. S. J. noch einmal den Erfolg des zurückgetretenen Innenministers Graf v. Helldorf und die bereits im „Offbau“ Nr. 7 und 8 gebrachten Berichtigungen.

Nebst dem betonte, daß die Intentionellen Festlegungen über den Erfolg in ihrer Ausdehnung auf freier Entscheidung beruhen und daß niemand den Beamten die Mitgliedschaft im Oltbund verbieten darf.

„Was man dazu gekommen sei, den Wehrdienst in dem Erlaß eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Veranlassungen des Oltbundes nachzulassen, sei dem Oltbund unerwünscht, da er bei aller Freiheit der Kritik keine Veranlassung zu einem solchen Vorgehen gegeben habe.“

Der Oltbund habe in dieser Sache ein gutes Gewissen und glaube daher auch, daß die Angelegenheit bald in befriedigender Weise aus der Welt geschafft sein werde, zumal die Antimilitäre injämlich sich wesentlich geäußert habe. Eine Ausprache wurde nicht gewünscht, wodurch erkennbar war, daß die Annahmen die Auslegung der Bundeseleitung teilten. Der Oltbund ist in dieser Frage durchaus einig und geschlossen. Es wurde ein Ausschuss, bestehend aus dem Herren Dr. Hoffmeister, Dr. S. G. J. und dem Vertreter des Bundespräsidenten Vater, gewählt, der zusammen mit einem Vertreter des Präsidiums beim Preussischen Innenminister und beim Ministerpräsidenten einen Empfang erbiten soll, um die Angelegenheit zu klären. Je nach dem Ausfall des Empfanges soll ein etwa notwendiges weiteres Vorgehen eingeleitet werden.

Zufolge einer Erweiterung des Verhältnisses zu anderen Verbänden wurde berichtet, daß darüber in Jahresrat des Näheren gelaugt ist und die Angelegenheit in der vertraulichen Vorbesprechung eingehend erörtert worden ist.

Anträge.

Eingehend wurde dann die Beitragsfrage erörtert. Von einzelnen Ortsgruppen und Landesverbänden lagen Anträge vor, den Bundesbeitrag zu ermäßigen. Zum Teil waren sie damit beiderlei, daß die höchste Voge vieler Mitglieder und die vielfach sehr viel niedrigeren Beiträge anderer Organisationen zur Annahme dieser Anträge in den Ortsgruppen geführt haben. Gemeinhil wurde meistens eine Ermäßigung um 5 bis 10 Pfg. je Kopf und Monat. Außerdem lag von der Ortsgruppe Freystadt ein sorgfältig ausgearbeiteter Antrag vor, der eine Ermäßigung der Beiträge für die Ortsgruppen in der Art der Ausbringung der Beiträge wünscht. Landespräsident G. S. J. gab von dem Inhalt der Anträge Kenntnis und betonte, daß diese Anträge auch in der Hauptvorstandssetzung und in der vertraulichen Besprechung am Freitag bereits sehr eingehend erörtert worden seien. Die Bundeseleitung habe volles Verständnis dafür, daß solche Anträge gestellt werden, denn je mehr, je mehr es in manchen Ortsgruppen die Mitglieder in die Lage zu erhalten. Wenn man aber sage, die höchste wirtschaftliche Voge vieler Mitglieder erfordert die Beitragsermäßigung, so sei dem meierlei entgegenzuhalten: 1. könnten denjenigen Mitgliedern, denen es ganz leicht gehe, die also erwerbsunfähig oder erwerbslos, oder sonst in ganz schwieriger Lage gekommen sind, die Beiträge ganz oder zum Teil ermäßigt werden; 2. solle ja nach dem Willen aller Ortsgruppen die Ermäßigung gar nicht den Mitgliedern zugute kommen, sondern den Landesverbänden oder Ortsgruppen, so kann ein leitungsähnlich zu stehen. Wenn das aber der Fall sei, so könnte nach dem nicht mit der Bezahlung arbeiten, die Ermäßigung des Bundesbeitrages würde ein Ausschneiden der Mitglieder bedeuten, denn die Mitglieder sollten ja fast überall nach wie vor daselbst zahlen. Größere Ortsgruppen und Landesverbände könnten zur Not auch bei dem bisherigen Beitragsniveau in ihren Mitteln zurückkommen, wenn die Mitglieder sich vertheilern will, was ihnen in den meisten Ortsgruppen vorzuziehen ist. Kleineren Ortsgruppen und Landesverbänden aber würde eine Ermäßigung des Bundesbeitrages zu wenig nutzen, daß das Geld einfach vertheilt wäre. Für die Bundesleistung oder würde es sich hier um einen Verlust an Einnahmen von jährlich 12 000 bis 24 000 oder gar

30 000 RM. handeln, je nach der Höhe der Ermäßigung und den sonstigen Nothigkeiten. Dieser Betrag konnte die Bundeseleitung, wenn sie ihre bisherigen Aufgaben beibehalten sollte, unmöglich entbehren. Der Vorschlag sei, davon hätten sich Etatskommission, Hauptortland und Vertrauensmännerammlung eingehend überzulegen, so knapp und sorgfältig möglich, daß diejenige Anzahl zu treffen sei, die durch den Beschlusseinsparung sowie durch einen Beitragtrag abgedeckt. Die Beiträge der Mitglieder betragen ohnedies nur den fünften Teil der Jahresausgaben des Oltbundes; der fünfte müßte aus verbenden Anlagen, durch Gebühren und sonstige Einnahmen aufgebracht werden, wobei er zu bemerken sei, daß der Oltbund keinerlei staatliche Unterstellungen genießt, sondern sich das Geld für seine Ausgaben selbst beschaffen muß. Die Vorgehensweise ist, daß die Mitglieder ihren Beitrag nicht notwendig. Diese verbieten sich ihre Gehälter vielmehr ebenfalls durch Betätigung auf den Arbeitsgebieten, die Einnahmen erzielen. Wer sich den Jahresbericht anfrage, der werde sich selbst sagen müssen, daß eine Zentrale mit solchen Aufgaben natürlich auch Rollen zurzucht, auch wenn sie, wie die Wehrertrögen ausbrücklich anerkannt haben, mit größter Sparfamkeit arbeite. Wenn untere Verbände geringere Bundesbeiträge erheben, so können man einen Vergleich hoch nur dann ziehen, wenn sie den gleichen Apparat unterhalten wie der Oltbund, dessen Stärke, Ansehen und Einfluß vor allem auf der Lasten beruhe, daß er eine große und leitungsähnliche Organisation sei und daß er die benötigten Mittel ganz aus eigener Kraft aufbringe. Die Frage stelle sich demgemäß so, ob die Zentrale so leitungsähnlich wie bisher unterhalten werden solle oder ob man sie abbauen wolle. Wer das nicht wolle, dürfe den Beitrag nicht erhöhen, die Beiträge der Mitglieder sei das Sinnvolle. Eine Schwächung der Bundeszentrale sei gerade nicht, was wir im entscheidenden Stadium des Kampfes um die Oltmark und um die Zurückgewinnung der uns entrissenen Gebiete siehe, politisch und wirtschaftlich falsch. Wenn so oft berichtet werde, daß wir alle bereit sind, für das lesterwähnte Ziel Opfer zu bringen, so darf dies keine Drohe sein. Auf krisenreichen Wege sei die Oltmark nicht zu holen. Das Opfer müßte also in einem Schritts bestehen. Man müsse bedenken, daß die Kaufkraft des Geldes nachgelassen, der Oltbund aber seinen Bundesbeitrag seit der Unflation nicht erhöht hat, und daß die 25 Pfg. je Kopf und Monat nur den Wert einer Zigarre und kaum den Wert eines Glases Bier beisteht. Wenn das Eintreten für die alte Heimat Heizenlassen sei, der werde dieses Opfer gern bringen, auch wenn es ihm wirtschaftlich nicht immer ganz leicht falle, selbst diesen kleinen Betrag zu zahlen. Man solle sich nicht scheuen, die Beiträge zu erhöhen, die die Zentrale fest erhalten wollen, zu leisten, jedoch, sich einer Minderheit zu fügen und die Beiträge herabzusetzen. Man solle wieder einen Ausgleich auf andere Weise zu erzielen versuchen. Schon die vorjährige Bundesversammlung habe beschlossen, schwachen Verbänden namentlich solchen in den Grenzgebieten, direkt oder indirekt Hilfe zu leisten für die Erfüllung ihrer zu dringenden notwendigen kulturellen Aufgaben. Auf diese Weise zu helfen, ist die Aufgabe, die man in Ausgleiche schaffen und lassen sich lassen, die manche Landesverbände und Ortsgruppen zu ihrem Antrage auf Beitragsermäßigung bewegen haben, namentlich bis zu einem gewissen Grade beilegen.

An der Ausprache wurden von verschiedenen Antragstellern und anderen Vertretern die Schwierigkeiten der Ortsgruppen in der Beitragsfrage eingehend dargelegt. Demgegenüber betonten andere Ortsgruppenvertreter, daß bei ihnen die Schwierigkeiten nicht bestände oder auf diese oder jene Weise überwinden seien, daß ein Rückgang der Mitglieder bei ihnen nicht stattgefunden habe, sondern ein fester Bestand da ist oder sogar ein Zugang stattgefunden hat. In der Tat erleben wir aus den Jahresberichten, daß beispielsweise die kleine Ortsgruppe Ködnitz ihren Mitgliederbestand im letzten Jahre um 50 v. H. vermehrt hat, daß die Ortsgruppe Freystadt einen Zuwachs von 100 v. H. Mitglieder erlangt und daß sich in vielen anderen Ortsgruppen ein sehr erfreulicher Zugang an Mitgliedern dem bewährlichen Abgang von Jahren in anderen Ortsgruppen gegenüberstellt. Der Vertreter einer Ortsgruppe aus Mitteldeutschland führte an, daß nach seinen Erfahrungen meist nur diejenigen Mitglieder nach Ermäßigung fortreiten, die durch die Tätigkeit des Oltbundes immer nur Aufbuhlungen oder andere Vorteile zu erlangen hoffen, während diejenigen, die unter dem Oltbund leben und an dem Oltbund des Oltbundes gebt, sich über die Höhe der Beiträge nicht beklagen und sich gern entrichten. Eine große Anzahl von Vertretern stimmte dieser Ansicht durch Beifall und Zustimmung zu. Die Ausprache schloß damit, daß falls alle Redner, die für eine Herabsetzung des Bundesbeitrages eingetreten waren, erklärten, eine finanzielle Schwächung der Bundeszentrale wollten auch sie nicht. Sie glaubten nur, daß mit einer Ermäßigung der Bundesbeiträge die Bundeseleitung die Mitglieder zusammenkommen und neue Mitglieder zu gewinnen. Wenn aber die Bundeseleitung bereit sei, denjenigen Ortsgruppen und Landesverbänden, denen es schloß geht, durch Unterstützung ihrer Kulturarbeiten entgegenzukommen, so werde man sich gemäß damit abfinden, wenn die Mehrheit die Beibehaltung des Bundesbeitrages beschliesse, zumal ja im nächsten Jahre die Besungen geändert werden sollen und dann die Beiträge von neuem selbst erörtert werden können. So trat von allen Seiten das erfreuliche Verfahren zu Tage, den Oltbund in seiner Leistungsfähigkeit und in seinem Aufgabekreis nicht zu schwächen. In diesem Sinne gab Herr S. J. v. Helldorf die Erklärung ab, daß der Landesverband Berlin-Brandenburg in seiner letzten Vertreterversammlung auf seinen vor vier Jahren eingeleiteten und im vorigen Jahre erneuerten Antrag auf Beitrags-

ermäßigung nicht zurückkomme, sondern sich bei aller Würdigung der Ermäßigungsanträge entschlossen habe, es bei dem bisherigen Beitrag zu belassen. Der Landesverband Berlin-Brandenburg würde sich freuen, wenn andere Landesverbände diesem Beispiel folgten. Herr Dr. Hoffmeister hatte schon vorher erklärt, daß aus dem Voranschlag zu ersehen sei, in wie großem Umfange Mittel auch für dringende Kulturaufgaben verwendet werden und da Kulturaufgaben erfolgreich nur mittel gelöst werden könnten, trat er für Beibehaltung des Bundesbeitrages ein. Diese Vorlegungen wirkten so überzeugend und fanden auch noch in anderen Erklärungen so wirksame Ergänzungen, daß die Versammlung mit fast allen gegen wenige Stimmen die Beibehaltung des bisherigen Bundesbeitrages für das nächste Jahr beschloß.

Kultur-, Frauen-, Jugendarbeit.

Herr Dr. Fückte sprach den Wunsch aus, der Besprechung der Kulturarbeit künftig wieder einen breiteren Raum im Rahmen der Bundesstagnung zu gewähren und die Arbeit der Ostbund-Frauen in die Stagnungstagung mit einzuschließen, gab eingehende Erläuterungen über die Hauptaufgabe der Ost-Bundstagnung für die Unterverbände, wies mit besonderer Wärme auf die ostmärkische Literatur hin, die im Saale ausgeführt nur und die, obwohl es nur eine Anzahl Proben waren, schon eine Vorkeltung von dem literarischen Schaffen der Ostmark gab. Weiter führte er an Beispielen aus, wie durch unermüdete persönliche Werbung die Mittel zur Kulturarbeit des Ostbundes beigetragen werden. Auf Vorschlag des Herrn Gieselhel wurde in Aussicht genommen, die Kulturarbeit der nächsten Bundesstagnung nach Möglichkeit einen halben oder ganzen Tag frei zu halten.

Herr Dr. Hoffmeister gab dann als Jugendführer einen Überblick über die Entwicklung der **Jugendarbeit im Ostbunde**. Art und Inhalt seines Vortrages gaben ein anschauliches Bild von dem frischen, jugendlichen Geiste, der in den Jungfrauen des Ostbundes lebt. Alles was in einer ganz besonderen Weise im Ostbunde geschehen wird auch in den Jungfrauen getan; darüber hinaus aber wird noch an der Erziehung der Mädel und Jungen in einem Geiste gearbeitet, der sie befähigen soll, das ostmärkische Erbe der Alten anzutreten. Schulungswochen, Hochschulwochen, große Treffen, Grenzlandwanderungen, Heranziehung anderer Jugendbünde zu Vorträgen über den Osten usw. sind die Mittel, die Jugendarbeit zu vertiefen und in immer weitere Kreise zu tragen. Zur Geltung der Jugendarbeit sind die Ostbunde Frauenvereine verpflichtet, schließlich aber die Gattungen der Frauengruppen, die wichtige karitative Arbeit und namentlich in der Pflege des Haus-Ofens-Gedankens Vorbildliches geleistet haben.

Bundespräsident Gieselhel richtete an alle Teilnehmer einen herzlichsten Appell zur Förderung der Frauen- und Jugendarbeit im Bunde. Die Schwierigkeiten des Anfangs, sind heute so schon Beispiele erfolgreicher Arbeit vorliegen, die damit der Arbeit im Ostbunde zu überwinden als noch vor einigen Jahren. Persönliche Eiferleistungen müssen verschwinden. Wir können die Frauen in unserer Bundesarbeit nicht entbehren; sie bringen in unsere oft kalten und nüchternen Versammlungen den warmen und gemüthlichen Ton ostmärkischer Gefelligkeit. Die Jugendarbeit muß die künftigen Führer für die Ostbundarbeit erziehen, die unsere großen ostmärkischen Ziele weiter verfolgen, wenn wir aus dem Kampffreien austreten müssen oder der Tod uns herausreißt.

Die in größerer Anzahl vorliegenden **Anträge zur Entschädigungsfrage** wurden durch die Aussprache für erledigt erklärt und der Bundesleitung zur weiteren Veranlassung überwiesen.

Von den weiteren Anträgen seien noch zwei erwähnt. Die Ortsgruppe Magdeburg hatte den Antrag gestellt, mit Rücksicht auf das schwebende Verhältniß der Ostbunde Frauenvereine zu den **Bundesabgaben, eine mit der Zahl 10** oder einer entsprechenden sonstigen Satzung zu schaffen, die von den Ortsgruppen besonders verdienten Mitglieder für schwebende Ehren versehen werden kann. Die Mehrheit entschied sich für den Antrag und übermies ihn der Bundesleitung zur Verwirklichung. Das Gleiche geschah bezüglich eines Antrages des Landesverbandes Hellen-Kollau, dahingehend, die Arbeit der Frauen bei der **Bereitstellung eines Willigen Bankrotts** bedacht sein, die **Bereitstellung der Brestewitzschen im Osten**, insbesondere das **unselbständige Gebilde des Korridors**, deutlich voranschauliche und von den Ortsgruppen bei Vorträgen und Rundgängen verhandelt werden könnte. Die Bundesleitung hatte eine solche Karte provisorisch beschafft, doch entsprach sie nicht ganz den Anforderungen, die der Ostbund an eine solche Karte stellen muß. Es soll daher versucht werden, eine zweckentsprechendere Ausfertigung zu erlangen.

Damit war die Tages- und die Tagung beendet. Bundespräsident Gieselhel dankte den Teilnehmern für ihr treues Aussehen und stellte mit Genugtuung den erst landsmannschaftlichen Geist fest, der die Verhandlungen besetzt und ihren harmonischen Verlauf gesichert habe. In einer Zeit, so fuhr er fort, in der in der Westpolitik wie die Lebensinteressen unseres Ostens getrieben und gerungen wird, in der wichtige Entscheidungen bezüglich der Zukunft des Ostens fallen und wichtiger werden müssen, ist es mit uns verbunden, diesen Ehren auch ferner zu bewahren, haben, um unsere Heimat zu schützen und ihr zu nützen, auch wenn man uns von oben oder von unten her unerhoffte und unerwartete Schwierigkeiten macht. Unsere Arbeit gilt nur zum geringsten Teil uns selbst. Sie wird in der Hauptache geleistet selbstlos und ehrlichen Herzens für unsere Heimat, für unser Vaterland. Die Erfüllung aller Wünsche, die die Ostmärker für beide

auf dem Heren haben, faßt er zusammen in ein freudig aufgenommenes Hoch auf das Vaterland und die Ostmark; das einen Nachklang fand in einem auf die Bundesleitung ausgedachten dreifachen kräftigen Oßheil.

Die Frauenhulungsstagnung.

Die auch in diesem Jahre wieder gut besucht war und in allen ihren Teilen recht anregend und interessant verlief, wird in der nächsten Beilage „Die ostmärkische Frau“ eingehender gemeldet werden.

Eine weitere Vorstandsstagnung

zur Wahl des Präsidiums

wurde im Anschluß an die Vertreterversammlung abgehalten. Außer den Herren Bundespräsident Gieselhel, Dr. Fückte und Geheimrat Schmidt als auf 2 Jahre gewählt sind, besteht das Präsidium aus dem niedergewählten Herren Richter Dr. Rupke-Stettin, Stadtoblerkretär i. R. Stephan-Berlin, Konrektor Vater-Berlin-Friedrichsdorf, Justizrat Wosk-Strankfurt a. d. O., sowie den neu gewählten Herren Dr. Hoffmeister (Vorsteher des P. V. Hannover-Braunföwweig) und Oberkonsistorialsekretär Welck-Magdeburg (Vorsteher des P. V. Bezirk Magdeburg), die als Stelle des verstorbenen Direktors des Ostbundes und des ausgeschiedenen Kommerzienrats Julius Berger als Vertreter nordostlicher Landesverbände vorgeschlagen und einstimmig neu gewählt wurden.

Die Presse und die Bundesstagnung.

Die ganze Presse hat auch dieses Mal wieder eingehend über unsere Bundesstagnung berichtet. So auch das Westfälische Telegraphenbüro wie die Telegraphenunion hatten Vertreter zur der Tagung entsandt und ihre Berichte sind in weitgehendem Umfange in den reichsweit verbreiteten Zeitungen, dem Reichsboten verbreitet worden. Eine große Anzahl von Zeitungen, Berlin, sowohl bei der Ostpreußen hatten aber eigene Vertreter entsandt und bringen deren ausführliche Berichte über die Tagung.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ (Nr. 115) bringt einen längeren Bericht unter der Überschrift „Die Verzweigung der Ostmark“. Er geht näher auf die Anprobe des Bundespräsidenten Gieselhel ein und hebt eine Anzahl wichtiger Punkte durch Setzdruck besonders hervor, darunter die von der meißner Ansprache über das Polenabkommen mehr jammerrichtiger.

Der „Tag“ (Nr. 59) bringt einen zusammenfassenden Bericht, dem er die Überschrift gibt: „Der deutsche Osten sieht am Polenvertrag“, somit er wohl den Inhalt der Rede des Herrn Gieselhel wehrhaft andeutet, während im übrigen der Bericht jammerrichtiger gehalten ist, wenn er auch den Standpunkt des Ostbundes nicht genau zur Geltung kommen läßt. Reichsboten Setzdruck hebt das Wort aus der Rede des Bundespräsidenten Gieselhel besonders die Bedenken gegen etwaige Sanktionsmöglichkeiten, sowie die Forderung, daß die Verträge mit Polen nicht verkapptes Oßheben werden dürfen, wie auch die weitere Forderung hervor: „Sichbenutzte Politik darf nie die Wiedererrichtung der uns grannten Gebiete aus dem Zuge verlieren.“ Der „Jungdeutsch“ gibt seinem Bericht die Überschrift: „Bericht auf viele Rechte“. Der Bericht gibt den Hauptinhalt der Reden des Bundespräsidenten Gieselhel wieder, bringt aber bemerkenswerthweise nicht über die Reden der Parlamentarier. Zum Schluß weist er auf die mit der Tagung verbundene Ausstellung und auf die Frauen-Schulungs-Tagung hin.

Die „Berliner Volkszeitung“ (Nr. 115) hebt die Anwesenheit der ostpreußischen Abgeordneten hervor, die die Parteien hervor und beschäftigt sich besonders mit den Erörterungen über das Polenabkommen.

Die „Deutsche Gagesstimmung“ berichtet ausführlicher über die Tagung in zwei Artikeln (Nr. 115 und 116). Sie betont, daß der Ostbund sich die „Erhaltung des ostmärkischen Gedankens“ zur Aufgabe gemacht hat und hebt hervor, daß an der Tagung zahlreiche Delegierte und eine Reihe von Parlamentariern teilnahmen. Sie berichtet eingehend sowohl über den Standpunkt des Verhandlungsleiters wie über die Reden der Abgeordneten vom Polenabkommen. Das Wort gibt den Verlauf der Verhandlungen in gedrängter Form objektiv wieder. Aus der Rede des Herrn Bundespräsidenten Dr. Fückte hebt es den Appell hervor: „Das deutsche Volk muß endlich erkennen, daß es ohne den Osten keine deutsche Zukunft gibt.“

Die „Tägliche Zeitung“ berichtet ebenfalls in zwei Ausgaben (Nr. 37 und 38) über die Verhandlungen des Ostbundes. Die Abgeordneten Grafen Wappler, hebt aber auch die entgegengeleiteten Erörterungen des Herrn Abgeordneten Pflücker von der Deutschen Volkspartei hervor.

Die „Frankfurter Odgerszeitung“ (Nr. 59) bringt einen ausführlichen Bericht über die Tagung unter der Überschrift „Die Politik des Ostbundes“.

Die „Frankfurter Zeitung“ (Schweidmühl) bringt in Nr. 58 ebenfalls einen längeren Bericht und kommt unter der Überschrift „Ostbund und Polenabkommen“ in Nr. 59 ausführlicher auf die Tagung zurück. — Auch zahlreiche andere Provinzialblätter berichten eingehend über die Tagung des Deutschen Ostbundes, insbesondere über die Erörterungen bezüglich des Polenabkommens und der Entschädigungsfrage.

Kongress der Verdrängten und Liquidationsgeschädigten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbstigtienerverbände hatte mit ihrer Absicht, einen Kongress aller ihr angehörigen Selbstigtienerverbände einzuberufen, einen großen Erfolg. Sie wollte bei dieser Gelegenheit Rechenschaft geben über ihre unermüdete Arbeit in den letzten Wochen und Monaten und andererseits sich der Zustimmung der Verbände zu ihren Vorlesungen bezüglich der nächsten Entschädigungsfrage, die in der nächsten Sitzung der Entschädigungsfrage zu stellen sind, versichern. Am Montag fand in einer gemütlichen Sitzung alle Verbände im Anghensthaus eine eingehende Aussprache über die Entschädigungsfrage statt, die zwar die in den Selbstigtienerkreisen herrschende erbitterte Stimmung wiederlegte, aber in Bezug auf Ziele und Taktik vollste Einmütigkeit ergab. Infolgedessen wurde auch die von der Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagene Entschädigungsfrage einmütig angenommen.

Vorgeschlagen aus den Kreisen der Vertreter wurde eine weitere Entschädigung, die sich in ähnlicher Weise gegen die Richterabgabe der Liquidationsüberschüsse seitens Englands ausdrückt und in diesem Punkte die Arbeitsgemeinschaft auffordert, die Frage nicht ruhen zu lassen, auch wenn das Liquidationsabkommen im Reststage mit dem Verzicht auf diese Überschüsse angenommen wird. Die Entschädigung wurde angenommen. Die Vertreterversammlung aller Verbände im hohen Saal des Hotel am Sonntag war nicht nur aus Berlin, sondern aus allen Ecken des Reiches lo zahlreich besetzt, daß nicht nur der Saal, sondern auch die rings um den ganzen Saal laufende große Galerie bis auf den letzten Platz gefüllt war. Den größten Teil der Galerie aus Besuchern stellten die Mitglieder des Oldbundes. Die Splitterverbände hatten Demonstrationen angekündigt, daß nur von solchen nicht zu merken. Die ersten Führerreden waren gedrückt. Bericht über eine Unterredung von Herrn von Wangen mit einem Herrn Oberpräsident trat aus dem Reichsfinanzministerium erteilt. Herr Scheinart stellte die Frage über die Verfassung mit Recht hervor, denn die Arbeitsgemeinschaft über dergleichen Dinge gedruckte Berichte ausgeben wollte, so könnte sie über ihre Tätigkeit fortgesetzt ganz Wähler veröffentlichen.

Die Arbeitsgemeinschaft hatte auch Regierung, Reichstag und Presse eingeladen. Von der Regierung ließ sich Herr Reichsminister Dr. Müller-Ernemann als Vertreter des Dienstleistungsentschädigten. Herr Reichsstaatspräsident, Cöbe, von dem der Vorsitzende der Versammlung, Herr Gilg, hervorhob, daß er stets ein warmes Herz für die Geschädigten gezeigt habe, hatte mitgeteilt, daß er der Einladung nicht folgen könne, weil er einen längst zugesagten Vortrag in Hanau zu halten habe. Von einer Reihe weiterer beamteter Persönlichkeiten und Parlamentarier lagen ebenfalls Entschädigungsfragen zu 3 anwesenden Reichstagsmitgliedern, die an der Verlaufe der Sitzung durch längere Anreden ihre Sympathie für die Sorgen der Geschädigten ausbrachten.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Stadtrat Gilg vom Hilfsbund für die Elos-Verdrängten im Reich, wies darauf hin, daß die Arbeitsgemeinschaft im jetzigen Augenblick der Liquidierung des Reiches und angeht die Bilanzregelung im Reich nicht durch Demonstrationen, sondern durch die Einbringung der Politik gegen Öffentlichkeit, Regierung und Volksvertretung auf die Notwendigkeit der Entbrengung der Entschädigungsfragen hinweisen wolle.

Rechtsanwalt Dr. Purper vom „Hilfsbund für die Elos-Verdrängten im Reich“ führt, aus es sei rechtlich nicht begründet, das von Polen und das von der Günter liquidierte deutsche Privateigentum unter sich zu entschädigen. Die Reichsregierung habe durch den Verzicht auf die Liquidationsüberschüsse gegenüber England und anderen Ländern ebenfalls einen Verzicht auf die Rechte der Privatpersonen“ preisgegeben, und die Rechtslage sei also in diesen Fällen genau die gleiche wie bei den durch Polen Geschädigten. Entschädigung sei aber, daß in allen Fällen der Elos aus der Liquidation deutschen Privateigentums zur Deckung von Verpflichtungen des Reichs verwendet worden sei, die sonst das gesamte Volk hätte aufbringen müssen. Es hätten daher alle Liquidierten Anspruch auf größere Entschädigung für die Behandlung der Privatbesitzer 11 v. S. erheben, um mehr, als das Reich selbst wiederholt anerkannt habe, daß grundsätzlich eine Verpflichtung zur vollen Entschädigung bestehe.

Gouverneur a. D. Dr. Hahl vom „Reichsverband der Reichsliquidations“ sprach über die Verluste der deutschen Volkswirtschaft durch die Wegnahme des deutschen Eigentums im Ausland und in den Kolonien und über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Auslandsunternehmungen für die geländebestehende Wirtschaft. Das deutsche Auslandsvermögen betrug vor dem Kriege wenigstens 15 Milliarden Goldmark. Es bildete die wertvollste Stütze für den Absatz der deutschen Gütererzeugung im Ausland. Ohne dieses weitervermeigte Reich deutscher Stützpunkte hätte weder die Industrie noch die Handelsflotte ihren gemäßen Aufschwung nehmen können. Die Entzweiung deutschen Vermögens gibt kontinentaleuropäer, die Afrika bildet nur das neutrale Besitztum ein Besitztum, in dem die neutralen geschlossenen meinten Ketteinhalten und in sich nur Verlieren. In Australien und der spanischen Inselwelt wurde die Entzweiung rechtlich durchgeführt. Einzelne Staaten haben nachträglich das beschlagnahmte Vermögen freigeben oder die erzielten Erfolge ganz oder teilweise zurückverlangt, so China, Japan, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die südafrikanische Union. Aber die vorausgesetzene Wegschlagnahme hat dennoch die durch dieses Vermögen geschlossenen west-

vollen Handelsbeziehungen völlig zerstört. Zur Entschädigung angemeldet wurden rund 7 Milliarden RM, an Liquidationsbesuchen. Von der deutschen Regierung wurden sie mit 9 Milliarden bemessen. In den Kampf der Geschädigten um eine angemessene Schlußabhaltung ist der Hauptwert auf Erlangung der Mittel für den Wiederaufbau gelegt worden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die in ungenügenden Jahresumsätzen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht genügen, und wenn heute die deutsche Wirtschaft krank, so beruht dies überwiegend darauf, daß es bisher nicht gelungen ist, das frühere Netz einer die Welt umspannenden wirtschaftlichen deutschen Vernetzung wiederherzustellen. Die Beseitigung der Entschädigung, die sich nach den Reichsfinanzen anpasseln, aber anlässlich deren Neuordnung müssen die Geschädigten zum mindesten diejenigen Rechte fordern, die unerschütterliche Voraussetzung für die Wiederaufbau der niedergebroschenen Wirtschaft im Ausland wie auch der Selbstfinanzierung der vertriebenen Grenzlanddeutschen im Inlande sind.

In denkenswerter Weise gab die A.-S. Herrn Bundespräsidenten Dr. Fritzsche Gelegenheit, über die Bedeutung der Opfergaben und den Wiederaufbau des deutschen Lebens zu sprechen. Er führte u. a. aus: Verdrängte und Entwurzelte müssen heute, nach 10 Jahren, noch um ihr Recht kämpfen, in das deutsche Wirtschafts- und Kulturland eingegliedert zu werden. Wir wünschen eine starke Wehrmacht, auch eine blühende volkswirtschaftliche Kultur, jamaal diese, nach dem Inhalt des Hauptgesetzes der obersteinsten Reichsversammlung, wichtiger ist als je. Aber gerade weil mir dem Westen stark müssen wollen, verlangen wir, daß auch der Osten gesichert wird. Keine Hoffnung auf Besserung der Gesamtanlage Deutschlands wird in Erfüllung geben, wenn der Osten weiter dahinsinkt. Berlin ist Grenzland geworden. Das polnische Sanktionsrecht droht mit neuer Gefahr für den Osten. Polen nicht sparen, von diesem Reich Gebrauch zu machen, wenn sich irgendeine Gelegenheit bietet. Es ist selbstverständlich deutsche Pflicht, sich dagegen zu wehren. Der Osten ist das am meisten geschädigte deutsche Gebiet; eine Million Menschen wurden verdrängt und in alle Ecken des Reiches zerstreut. Für diese Vertriebenen hätten sofort die Mittel zu sein müssen, die ihnen die Möglichkeit geben, sich in das Leben des Gesamtvolkes neu einzugliedern und Plätze auszufüllen, die sie als komplexerprote Grenzlandbesitzer der Gesamtbevölkerung einnehmen mußten. Dem maßgebenden Stellen ermaßen wir, daß das Deutschland jenseits der Grenze geschädigt wird, daß aus das Recht auf Revision der Grenze bleibt und daß dem Osten in seiner ungewissen Not mirksam geholfen wird. Die Volkshäufige darf nicht weiter links, die Landstucht muß ein Ende nehmen. Es ist bezeichnend, daß die Oberpräsidenten und Landesbeauftragten der Ostprovinzen durch Deutschland fahren, um Arbeiter und Arbeiter zu sein und auch den Fernreisenden Arbeiter zu sein, daß man der Osten fürchtet, es auch mit dem Ende ist. Wir hoffen aber und kämpfen dafür, daß es mit Volk und Vaterland nicht zu Ende geht, sondern daß ein neuer Aufstieg beginnt. Verbesserte Verfall unterbrach dem Redner öfters und brachte auch am Schluß der Rede die Zustimmung der Versammlung zum Ausdruck.

Bundespräsident Fritzsche vom Deutschen Oldbund, von der Versammlung durch lebhaften Beifall begrüßt, sprach dann speziell über die Entschädigungsforderungen der Arbeitsgemeinschaft. Er führte in der hauptsächlich folgenden aus: Eigentlich ist es eine Schande, daß wir 11 Jahre nach dem Kriege noch eine solche Versammlung abhalten müssen, um unser Recht zu fordern, dessen allgemeine Anerkennung ein Akt der Gerechtigkeit und der Selbstverständlichkeit sein sollte. Aber leider müssen die Geschädigten mit dem Verfall sagen: „Recht von dem Recht, nur von Gewalt ist hier die Rede.“ Meist hat es sich immer nur die Verdrängten Gewalt geschädigte genannt, aber in dem Sinne, daß das eigene Reich Gewalt hat des Rechtes gegen uns wollen läßt, sind mir die Gewalt geschädigte. (Redner Verfall.) Herr Reichsstaatsminister sprach über die Verhandlungen dieser Tage im Reichstage, die durch das Kriegsschadenbeschäftigten abzufindenden Liquidations- und Gewaltgeschädigten müssen sich mit der getroffenen Regelung abfinden und könnten auf keine weitere Entschädigung mehr rechnen. Wir sind heute hier, da, Herrn Dr. Moldenhauer darauf die Antwort zu geben, und sie lautet (mit erhobener Stimme): „Niemals werden wir uns mit dieser Regelung abfinden! Sie ist eine unerschütterliche Verungeltung unserer Rechte. Sie verneint Reich und Eltern unter der Geschädigten, darum stehen wir bis zum letzten Mann geschlossen hinter unserer Forderung: Eine wirkliche Schuldentschädigung muß erst noch kommen! (Stürmischer Beifall.) Die Erklärung des Herrn Dr. Moldenhauer ist wie die Worte eines mohlhabenden Mannes, der einen lächelnden Bettler abweist. Wir aber sind keine Bettler! Wir sind Deutsche, die um ihres Deutschseins willen Heimat und Exilien, Tod und Gut verlieren, die mit ihrem Vermögen die Welt der ersten Welt besetzt haben. Wir betteln nicht, wir fordern! Forderung was uns zukünftig Erklärungen wie die des Herrn Dr. Moldenhauer haben mir schon oft gehört. Sie betören uns nicht. Regierungen sind heute kurzlebiger denn je, sie flürzen schnell und sterben. Wir aber leben und überdauern noch manche Regierung. Wir leben, auch wenn wir sterben, in unsern Kindern und Erben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Herr Reichstagsabgeordneter Paetzgen habe einmal in einer Geschädigtenversammlung vom „E. C. A. U. R. I. P. I. E. L. E. N. T.“

sungsmenschen" gefordert. In diesem Trauerspiel werden wir vornehmlich sehr bald mit zwei neuen Akteuren und damit wahrscheinlich sehr große Enttäuschungen. Das erste Kapitel betrifft die Polenfrage. Was die Regierung in der Begründung des Dolmabkommens über die Entschädigungsfrage jagte, nur verheeren. Die Regierungsparteien haben das selbst als untragbar erkannt und sich untereinander und mit der Regierung auf ein Kompromiß geeinigt. Danach soll grundsätzliche **Vollechtschädigung** gemacht werden, d. h. das Reich soll die Schäden des Reichs ohne Rücksicht auf Schiedspräsidenten des internationalen Schiedsgerichts hätte tun müssen. Das klingt schön und gut, die Bestimmung ist aber so dehnbar, daß man hinsichtlich der Entschädigung sehr viel oder sehr wenig damit anfangen kann. Solange Polen bezahlen sollte, daß das Reich selbst Wüstenterritorien herbeischafft, wonach die Schäden ohne Abzüge mit Zinsen voll ersetzt werden sollten. Jetzt, wo das Reich beabsichtigt, die Schäden nicht zu ersetzen, und was das bedeutet, müssen wir Will es 2. etwa 25 v. H. von dem so ermittelten Schaden abziehen für die imposanten in Polen eingetragene Entwertung des Grundbesitzes, will es 3. weitere 25 v. H. abziehen für Entwertung der polnischen Wäلتا, will es 4. weitere Abzüge machen im Hinblick auf die Tatsache, daß Polen ein fouler Schuldner ist, also möglicherweise überhaupt nicht gezahlt hätte, will es 5. Abzüge machen wegen der Stellung in dieser Welt, die Polen bisher nicht geleistet haben müßte. (Herrlich! Gelächter. Beifall.) Vielleicht ist ein mathematisches Genie in dieser Versammlung, das uns erklärt, was dann von dieser Vollechtschädigung noch übrig bleibt. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Reichsregierung wirklich derartig vorgehen wollte, so wäre das geradezu ein Höhe nicht nur auf Recht und Gerechtigkeit, sondern auch auf ihre eigene bisherige Haltung in dieser Welt, die sie in diesem Sinne so schlimm oder eigentlich noch schlimmer ist, diese Haltung in der Frage der **Abwanderersteuer**. Deutschland hat seit 6 Jahren mit Polen wegen der Rückzahlung der Steuer, die nach der fälligen Rechtsprechung des Reichsamtverwaltungsgerichts von Polen zu Unrecht erhoben worden ist, mit der polnischen Regierung verhandelt. Sie hat dadurch zu erkennen gegeben, daß sie die Verpflichtung Polens zur Rückzahlung als unbedingt gegeben anfab. Nach dem Wortlaut des Regierungskompromisses zum Dolmabkommen gehen alle Ansprüche, die bisher deutsche Reichsangehörige an den polnischen Staat hatten, auf Deutschland über, damit selbstverständlich auch die Verpflichtung zur Rückzahlung der Abwanderersteuer. Auf einmal soll aber alles, was die deutsche Regierung Polen gegenüber bisher vertreten hat, nicht mehr wahr sein! Nun, wo Deutschland die Abwanderersteuer zurückzahlen soll, findet das Reichsamtverwaltungsamt nicht schadenlos die irreführende Haltung des Reichs in dieser Hinsicht. Auf die Feststellung des Reichsamtverwaltungsgerichts, daß diese Steuer zu Unrecht von den Berdrängten erhoben worden ist, daß man ihnen also zu Unrecht die Hälfte ihres Vermögens geraubt hat, pfeift der Zirkus plöthlich. Großmütig will er das Reichsamtverwaltungsamt, wenn das Dolmabkommen angenommen ist, entscheiden lassen darüber, ob die Abwanderersteuer unter das Dolmabkommen fällt. Nun, wenn das möglichst ist, kann der Reichstag das Dolmabkommen so formuliert werden, daß auch dieser Raub, der für je viele ohnmächtige Familien der glatte Raub gewesen ist, von dem sie sich nicht wieder haben erholen können, gesühnt werden kann! Deutschland darf solche Vergleiche nicht auf dem Rücken der Geschädigten abschließen und aus deren Haut Riemen schneiden. (Echtes Gelächter. Beifall.) Die Geschädigten lassen sich diese Methoden einfach nicht mehr gefallen. Sie werden nicht ruhen und nicht trafen, bis ihnen auch in dieser Frage ihr Recht gemehrt ist.

Das zweite Kapitel des Trauerspiels des Entschädigungsens bildet die Behandlung derjenigen Geschädigten, die Herr Dr. Meidenbauer so kalt und energisch abschütteln zu können glaubte. Er hat dabei vergessen, daß er seinerzeit selbst die Entschädigung des Reichstages mitbestimmen hat, wonach die Regierung erfüllt wurde, mit aller Macht bei der endgültigen Regelung der Reparationen dafür einzutreten, daß die unangenehmsten Fälle des Kriegsschadensgesetzes den Geschädigten eine wirklich angemessene Entschädigung zuteil wird. Ich darf erheben und wirklich die höchste Vertretung des souveränen Volkes, je muß ein solches Wort des Reichstages gelten. (Stürmischer Beifall.) Dann darf es nicht nur eine Prozedur sein, die man so schnell wie möglich vergißt und die man nicht zu halten braucht. Wir nehmen den Reichstag beim Wort und verlangen, daß er seine damaligen Entschädigungserwartungen erfüllt. Wir nehmen beim Wort, die Angeordneten beim Wort, die damals unmissverständlich Versicherungen im Sinne der Entschädigung gemacht haben. Will der Reichstag das Vertrauen zu sich nicht untergraben, dann muß er zu seinem Worte stehen. Die Geschädigten kämpfen zum Teil seit 15, zum Teil seit 10 Jahren um ihr Recht. Sie haben bisher nur 2 Abzahlungsabteilungen erhalten, denn eine solche und nichts weiter, nur die Schlußabteilung. Sie werden weiter kämpfen, und wenn es weitere 10 oder 15 Jahre dauern müßte, bis die Entschädigungsfrage endlich eine Regelung erfährt, wie es sich gebührt. (Echtes Gelächter. Beifall.)

Der Redner ging sodann auf die Frage der Überschüsse aus dem Selbstentwärtungsverfahren ein. Der Reichsfinanzminister Dr. Meidenbauer hat das Verlangen der Arbeitsgemeinschaft, daß das Reichkapital nur zugunsten der Geschädigten selbst verwendet wird,

als berechtigt anerkannt. Redner dankte den Abgeordneten und Parteien, die sich dafür eingesetzt haben. Da über die Höhe des Reichskapitals noch keine zuverlässigen Angaben vorliegen, können noch keine genauen Vorschläge über dessen Verwendung im Einzelnen gemacht werden. Da aber überflüssige zweifelslos bleiben werden (20-50 Mill. M.) und auf Grund der Zusage des Reichsfinanzministers hat die Arbeitsgemeinschaft folgende grundsätzlichen Vorschläge gemacht: Ein Drittel soll den Kriegsschädigten zugute kommen (für die Verwirklichung des Schiedspräsidenten, die Verwirklichung der Unterlegung der Alten, Verordnungen usw.); ein Drittel soll als Wiederaufbauhilfe für den Mittelstand dienen, und das letzte Drittel soll zur Verwirklichung der nichtverwirklichten Wiederaufbauhilfe verwendet werden, kommt also in erster Linie großen Unternehmungen zugute, für die es eine wertvolle Kredithilfe bedeutet und die es gegebenenfalls in der Lage verleiht, neue Arbeitskräfte einzustellen. Die Drittel des Reichskapitals sind durch 10 Milliarden auszugeben worden. Wenn unter derzeitigen Umständen endlich Verwirklichung finden sollen, ist letztes Zusammenstoß und Ablehnung jeder Abplitterscheitungsbestrebungen von den großen Geschädigtenverbänden notwendig.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten Gieseler erfolgte die einstimmige Zustimmung zu folgender:

Entschädigung:

„Die Reichsregierung hat in einer Denkschrift vom 30. Januar 1919 eingesehen, daß nach den Grundrissen aller Kulturnationen für die Entschädigung von Kriegsschadensfällen eine volle Entschädigung gemacht werden muß. Das Entschädigungsgesetz vom 31. August 1919 ging daher von dem Grundsatz der **Vollechtschädigung** aus. Die Geschädigten können das völlig unzulängliche Kriegsschadensgesetz, das diesen Grundsatz preisgibt, nicht als abschließende Regelung der Entschädigungsfrage anerkennen. Sie fordern zum mindesten volle Durchführung des Programms der Arbeitsgemeinschaft, das von der deutschen Öffentlichkeit und dem Reichstag als maßvoll, angemessen und gut durchgeföhrt anerkannt worden ist.

Eine Neuregelung der Entschädigungsfrage ist auch erforderlich, um die neuen Rechtsverhältnisse der Geschädigten auszugleichen, die ihnen in den verschiedenen Liquidationsabkommen aufgesetzt werden. Die Geschädigten erwarten, daß die Regierung in gleicher Weise wie die Dolmabkommensgegner die übrigen Opfer der neuen Abkommen schuldig bleibt. Die Geschädigten fordern ferner die sofortige Zusammenstellung der nach Durchführung des Kriegsschadensgesetzes verbleibenden Ertparnisse. Diese Beträge sollen für einen sozialen Hilfsfonds, als Weisungen zum Wiederaufbau des Mittelstandes und für die Verzinsung der bisher unrentierlichen Wiederaufbauhilfe verwendet werden.“

Die Entschädigung gegen die Einbehaltung der angestrebten Liquidationsüberschüsse wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Als nächster Redner sprach Herr Gehrmann, der im Zusammenhang der Zusammenkunft des Reichstages politische Notwendigkeiten der Annahme des Dolmabkommens. Wenn es trotzdem angenommen wird, dann bedeutet es eine Fortsetzung der Erfüllungspolitik nach außen. Für die Geschädigten ergibt sich daraus die Forderung, daß das Reich auch eine Erfüllungspolitik nach innen verfolgen muß, wenn die Erfüllung nach außen moralisch gerechtfertigt sein soll. Das Programm der Arbeitsgemeinschaft wurde von allen als falsch und mäßig anerkannt. Mit diesem Programm ist die Arbeitsgemeinschaft zu ganz gekommen, da sie sich bei der leinerzeitigen Reichstagsauflösung, um für die Geschädigten überhaupt etwas herauszufinden, mit der Absingung durch das Kriegsschadensgesetz einverstanden erklärten mußte. Die erklärte Unzulässigkeit mit den Entschädigungsfragen hat zur Enttarnung von Splitterverbänden geführt, die sehr stark im Aufstehen übertriebener Forderungen, aber unfähig zu wirklich erfolgreicher Arbeit sind. Das Schlußkapitel der Arbeitsgemeinschaft beginnt mit dem Satz: „Die Geschädigten haben die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft zu erreichen. Ein Zusammengehen mit den Führern der Splitterorganisationen hat sich als unmöglich erwiesen, weil diese eine ihrer Hauptaufgaben in der Befriedigung der größten Organisationen sehen. Die Geschädigten hatten zu leiden, weil sie zum deutschen Volke gehören.“ Daraus ergibt sich für alle Parteien die Pflicht, zu helfen. Wenn auch das Interesse bei den Angeordneten für die Entschädigungsfrage gegenwärtig gering ist, so wird die Arbeitsgemeinschaft doch nicht mehr werden; sie wird den Kampf fortsetzen, aber sich durchzuführen verstehen. Wenn sich die Reichstagsangeordneten vor den Fragen zu drücken versuchen, wird sie sich doch zu eroischen wissen. Der Herr Abgeordnete **Carerenz** hatte sich bereits erklärt, wie am Tage zuvor vor der Hauptversammlung des Deutschen Reichstages,

auch vor dem Geschädigtenkongress über den gegenwärtigen Stand des Entschädigungsverfahrens zu berichten. Einleitend hob auch er die unerfreuliche Casslage der Splitterverbände der Geschädigten hervor, die dem mit parlamentarischen Arbeiten überlasteten Abgeordneten dem Einblick in die Verhältnisse erschweren. Der Kampf mit der Regierung geht darum, ob die Schlussentscheidung über die Abwicklung einzuheben ist.

Die Parteien hätten feinerzeit einen Referensschlüssel für die Zukunft in das Gesetz selbst nicht hineinbringen können. Dafür habe der Reichstag die bekannte Entschädigung gefordert. Die Not sei damals unter den Geschädigten so groß und die parlamentarische Lage so unsicher gewesen, daß man sich mit der im Augenblick erhaltenden Abwicklung, wie sie das Kriegsschadensschlußgesetz bei, zufrieden sein mußte. Die Regierung und der Reichstag durch die erwähnte Entschädigung auszufordern, das der endgültigen Regelung der Reparationen alles zu tun, um die ungenügenden Entschädigungen zu erhöhen. Solche Bemühungen sind auch gemacht worden. Das Ergebnis aber war miedererschütternd. Die Entschädigungsfrage dürfe keine Parteilage werden, sondern müsse als eine nationale Frage von allen Parteien vertreten werden, wie das bisher geschehen sei. Der Reichstag geht ausschließlich auf den Bericht auf die Liquidationsüberprüfungen ein, auf die im Vollenortrag zum Reichs angenommenen neuen Verpflichtungen, auf die voraussetzliche Arbeit der neu zu schaffenden Entschädigungsstelle im Reichsfinanzministerium, auf die Notwendigkeit einer Kurstärkung der Schulbuchforderungen durch Erlass der Kapitalertragssteuer und die Vermögensermehrung der Wiederaufbauvereine. Zum Schluss wies er auf das mangelnde Verständnis der breiten Öffentlichkeit für die Geschädigten hin. Bei einseitiger Berücksichtigung der Verhältnisse müsse sich jeder von der Berechtigung der Ansprüche der Geschädigten überzeugen. Diese hätten ein doppelt trauriges Schicksal erlitten; Verdrängung und Inflation haben sie am Besitz und Existenz gebracht. Die Frage sei noch lange nicht erledigt. Es heiße: Weiterkämpfen! (Lebhaftes Beifall.)

Stand des Schlussentschädigungsverfahrens Am 1. März 1930.

1. Schlussentschädigung.

Schätzungen: 154 754 Fälle mit 124 Milliarden RM., davon 118 999 Fälle mit 219,5 Millionen RM. bar und 36 655 Fälle mit 1 Milliarde Schuldbeiträgen.

Unerrledigt blieben 4746 Fälle mit 115 Millionen RM. Hier von 3574 Fälle, die nach in Betracht kommen abhängig sind. Für die Schlussentschädigung fanden an Arbeitern 214,9 Millionen RM. zur Verfügung. Es liegt also bei den Arbeitenden bereits eine Überschreitung von 4,6 Millionen RM. vor. Wieweil von den erledigten Schlussentschädigungsfällen auf die Offiziele entfällt, kann nach dem Stande vom 1. März 1930 noch nicht gesagt werden. Am 1. Februar waren für Offiziele 34 348 Fälle mit 12,5 Millionen RM., 235,1 Millionen RM., davon 23 400 Fälle bar mit 71,9 Millionen RM. und 10 939 Fälle Schulbuchforderungen mit 164,1 Millionen RM.

2. Härtefallbeihilfe.

Von den 103 400 Härtefallentscheidungen sind bis zum 1. März 1930 rund 97 000 Fälle erledigt und insgesamt 31 Millionen RM. ausgezahlt worden. Hieron entfallen auf Offiziele rund 66 100 Fälle

Der Abg. Jabaich (Komm.) betonte, daß seine Partei sich gemäß ihrem Programm nur für die Ringeoffenheit einsetze. Das seien 90,5 der Geschädigten. Er wolle eine neue Frage auf. Der Reichstag durch die Liquidationsbestimmungen gegenüber dem Reich läge sich ursprünglich auf den Art. 271 des Versailleser Diktats. Dieser Artikel warfe aber zusammen mit den anderen, die Reparationsfrage in der Endphase der Liquidation. Man müsse sich erklären, was die Geschädigten die internationale Plattform ihres Anspruchs verlieren. Wenn die Abgeordneten, die feinerzeit eine Neuauflösung der Entschädigungsfrage in Aussicht gestellt hatten, heute nicht mehr zu ihrem Worte ständen, müsse man sie als Verräter bezeichnen.

Der Abg. Holjamer (Wirtschaftspartei) wandte sich gleichfalls gegen die Splitterierung im Geschädigtenlager. Die Gefahr, daß die Überfälle aus der Schlussentschädigung heraus würden belaste. Die R.-G. müsse auf dem besten sein. Jeder rechtlich Denkende müsse es ablehnen, die Schlussentschädigung als billigtige Regelung anzuerkennen.

Die erragte Stimmung der Anwesenden war während des Verlaufs der Rundlegung durch heftige Zwischenrufe und lärmlichen Beifall, mit dem Redner unterbrechen wurden, zum Ausdruck gekommen. Die Zwischenrufe waren meistens von den Besagungen der Arbeiter zu bezeugen. Nur ganz vereinzelt kamen auch Sozialisten, die von Vertretern der Splitterverbände herbeigeführt worden. Sie blieben entweder unbeachtet oder wurden von den Rednern gebührend abgetan, insbesondere auch vom Vorsitzenden Herr Glig, der die Versammlung selbst mit der Aufforderung, daß die Geschädigten auch künftig gelassen über die berechneten Forderungen vertreten möchten, und mit der Erwartung, daß der erste und einträglichste Verkauf der Kogelbeil der Regierung und der Verhängung der Besatzung und daß die Befreiungen der Arbeitsgemeinschaft in der Presse wie bisher stets auch ferner warme Unterstützung finden würden. Die Mitglieder der Verbände schrieben in der Überzeugung, daß ihre Ansprüche von der Arbeitsgemeinschaft nach wie vor mit größtem Eifer durchgesetzt werden.

mit 21,2 Millionen RM. Noch zu erledigen sind rund 6 400 Fälle, für die noch 3 Millionen RM. zur Verfügung stehen. Der überwiegende Teil der unerledigten Fälle betrifft Offiziele. Ein großer Teil der noch offenen Fälle konnte noch nicht zur Erledigung kommen, weil die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen waren.

3. Vorkommen.

a) unerledigte Zahl- und Schlussentschädigungsbestimmungen erster Instanz 965, davon Schlussentschädigungsbestimmungen 687 — davon Offizien 380 — Schlussentschädigung 269 — davon Offizien 83 —, b) Härtefallbeihilfen 20.

Gesamtstandungen für Offiziele.

Stand vom 1. Februar 1930.

1. Schadensgrundbetrag 890 Millionen RM.
2. Entschädigungen: a) Zahl- und Endentschädigung (in Goldmark umgerechnet) 137,7 Millionen RM., b) Schlussentschädigung 99,7 Millionen RM., c) Schlussentschädigung 235,1 Millionen RM., d) Härtebeihilfen (erste und zweite) 62,1 Millionen RM., e) Darlehen 6,6 Millionen RM., zusammen 540,7 Millionen RM.

Der Neue Plan und das Polenabkommen angenommen.

Für den polnischen Liquidationsvertrag

Am Reichstage wurde am 11. März der Youngplan mit dem Hooger-Abkommen in dritter Lesung bei einem Beschluß mit 267 Stimmen und einer durchschnittlichen Mehrheit von 80 bis 90 Stimmen angenommen, und zwar stimmten von 462 Abgeordneten 265 dafür, 174 dagegen, während 25 sich der Stimme enthielten. Über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen wurde namentlich abgestimmt. Hier ergab sich eine viel schwächere Mehrheit. Sie betrug nur 18 Stimmen, weil die Zahl deder, die sich der Stimme enthielten, noch viel größer war, und weil Teile der Reichspartei, des Zentrum und des Zentrum gegen den Vertrag stimmten. 26 Abgeordnete stimmten dafür, 26 mit Nein, 29 enthielten sich der Abstimmung. Gegen das Polenabkommen stimmten alle Parteien der Opposition. Die Stimmenerhaltungen kamen auf das Konto der Bayerischen Volkspartei (zwei volksparteiliche und der 1. Zentrumsabgeordneten Kronz-Münchberg, Dr. Drees, Feilinger, Hofmann-Ludwigsdorf, Dr. Köhler, Dr. Krone, Reijes, Dr. Schöber, Dr. Schöber, Frau Weber und Wilkens. Von den Regierungsparteien stimmten 26 Abgeordnete offen dagegen, 26 für das Polenabkommen, und zwar 8 von der Deutschen Volkspartei (Günter, Dr. Hoff, Suck, Janßen, Konigter, Dr. Leuthesser, Schmidt-Düsselberg, Dr. von Schme) und 18 vom Zentrum: Gerk-Oppeln, Blum-Krefeld, Bornfeld-Ettmann, Diez, Damm, Ehrhardt, Fehrenbach, Dr. Föhr-Baden, Hartwig-Oppeln, Dr. Herms, Imbach, Dr. Köhler, Reumann, Dr. Perlmutter, Dr. Schetter-Klein, Schöber, Wiska und Wenzel (Schweidnitz).

Die Abstimmung in dritter Lesung am 12. März ergab ein etwas anderes Bild. Für den Neuen Plan wurden diesmal 265, dagegen 192 Stimmen abgegeben; drei Abgeordnete enthielten sich der

nur eine Mehrheit von 19 Stimmen.

Stimme. Für den Neuen Plan stimmten also 15 Abgeordnete mehr wie am 11. März, weil die Zahl der Stimmenerhaltungen von 26 auf 3 zurückging, weil die Bayerische Volkspartei und der Bayerische Bauernbund diesmal mitstimmten, zum Teil dagegen. Das Polenabkommen wurde mit 256 gegen 194 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Mit 265 gegen 174 Stimmen bei 4 Stimmenerhaltungen wurde in namentlicher Abstimmung die Dringlichkeit der Youngpläne beschlossen. Ein Vertretungsakt der letzten Liquidationsphase eine unvorhersehbar durch die Auslegung der Sanktionsbestimmungen seitens des Reichskanzlers Bismarck, wurde mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Stimmenerhaltungen angenommen.

Der Neue Plan und das Polenabkommen sind also unter Dank und Zeh, nach Hindenburg unterzeichnet, was wohl anzunehmen ist. Am übrigen aber besteht die Regierungskrisis weiter. Wenn nicht nach dem letzten August ein unvorhersehbar durch die Auslegung der Sanktionsbestimmungen seitens des Reichskanzlers Bismarck, wurde mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Stimmenerhaltungen angenommen. Die Regierung hat verläugert an ihrem Steuerprogramm fest. Am Reichstage rühmt man damit, daß schlimmstenfalls entweder der

Am 26. 2. 30 verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Schwager, Onkel und Großvater, der Schuhmachermeister

Hugo Thaler

im 73. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Pauline Thaler, geb. Bahm.
Wm.-Mariendorf, Dorfstr. 19,
(früher Kamlisch).

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Schokoladenfabrikanten

Adolf Neues

spreche ich aus auf diesem Wege meinen tiefgefühlten Dank aus.

Gertrud Neues, geb. Lindner,
im Namen der Hinterbliebenen.
Berlin W 30, Schmähische Straße 17,
im März 1930.
früher Polen, Breslauer Straße 40.

Umzüge



per Auto,
Stadt, Land,
Bahn,
Lagerung,
Wohnungs-
tausch

F. Wodtke

Transportgesellschaft m. B. H.
Berlin W 61, Teirower Straße 47.
Tel.: 9 & Bergmann 1616-1617
Landsleute Vorzugspreise!

Niederziehleien, 5 km
von Kreisfließ, mehrere
80 Morgen große

Rentengüter

billig zu verkaufen.
Schiffleierziege, beste
Gebäude, kompl. Leb. u.
tot. Inventar, ertrag.
Boden. Kananzahlung
10000 - 12000 Mark,
langfr. niedr. Hypoth.
Kreuzf. m.

M. Zimmer,
Streitdiebhorst,
Frenshof,
Niederziehleien-Land.

Fleischerei-Grundstück

modern eingerichtet, in
Kreisfließ Niederziehleien,
billig zu verkaufen. An-
zahlung 12000-15000
Mark. Offerten unter
4710 a. d. Dfiland erb.

!!! Zufallslos!!!
Landwirtschaft
310 Mg. Rübendoben,
massive Gebäude, elektr.
Stadt und Kraft, sofort
billig bei einer An-
von ca. 20.000 Mg., Preis
75.000 Mg., zu verkaufen.
Geb. u. tot. Inv. vorh.
Gezert
Prenslau, Königsstr. 160.

Verkaufe meine

Büdnerei

in Rieker bei Ludwigs-
l. Medl., ungefähr
33 Morgen groß, davon
20 Mg. Acker, 8 Mg.
Wiese, 5 Mg. Schlag,
Wald, neue Gebäude,
5 Zimmer, 2 Küchen,
sodort beheizbar. An-
zahlung bis 5000 Mark.
Wilhelm Kunze,
Reu-Zufwisch
6. Weitenburg l. Medl.

In der alten Heimat Bromberg

befinden sich auf dem alten Friedhof
in der Wilhelmstraße Hun-
derte von Gräbern, um die sich die
verzogenen Angehörigen nicht
kümmern. Diese Gräber leben
sehr traurig aus und verunreinigen
den schönen Friedhof. Wenn nicht
Abhilfe geschaffen wird, werden
diese Gräber eingebeut und ver-
lierten Angehörige das Anrecht
über die Grabstellen zu bestim-
men. Es wird höflich gebeten,
dafür Sorge zu tragen, daß die
Gräber wieder einwandfrei und
gepflegt werden, damit dieselben
erhalten bleiben. — Anfragen
bitte an mich zu richten und er-
halten Sie genaue Bescheid über
den Zustand des Grabes und
deren Kosten für die Herstellung.

Albert Scheel, Friedhofsinспекtor,
Polen-Bühnenstr. u. Jagellonska 33 U.

Tafelberg ist ein alt-
eingeführtes Kolonial-
waren, Feinstes, Zi-
garett- u. Spirituosen-
Geschäft nebst Grund-
stück, geräumiger Hof,
viel Fremdenlokal, in
Kreis- und Gemeindefrat-
schaft der Ufermarkt zu
verkaufen. Zur Über-
nahme des Grundstücks
und Inventars sind
20.000 Mg. erforderlich.
Späthofen od. Staats-
schuldbücherei können
eins Anmaßung geleistet
werden. Wohnungen
unter N. 4503 an das
Dfiland erbeten.

Geschäftsgrundst.
in Weiskalen, Garten,
9 Mieter, Friedenstare
60.000 Mg., für 40.000 Mg.
zu verkaufen. 50%ige
Autu.-Hypothek 4200 Mg.
amortisiert. Geschäfts-
lokal mit 3 Zimmern
entl. zu übernehmen.
Rehme auch Reish-
schuldbüchereiungen i.
Zahlung. Anfragen u.
4709 an das Dfiland.

Villen-
Baugrundstück
mit Garten, baureif
i. Kulturort Biesenthal
b. Berlin, an Hauptstr.
i. Nähe Bahnhof, Gebel-
acht, viele Einzelg.
Erdbere-Anlagen, verl.
Konjag, Lehrer a. D.,
Biesenthal bei Berlin.
Ortsgruppe am Orte.

Wirtschafts-
Lehrling
für 300 Mg. Oberbruh-
wirtschaftig zu. Talsch-
geld gelad.

Gustav Hendeb,
Reichlin im Dberbruh,
Telephon 73

Brauchen Sie Obstbäume

Rosen und dgl. dann
verlangen Sie unent-
behrlich Preisliste von
Wäcker's Baumhohlen,
Schäferstein in Pom-
merän. Verordlich für
Größe Baumhohlen des
Reg.-Bez. Köslin und
der Grenzmark.
Früher von der Baum-
schule Zomowitz aus im
Bestiz der Aut.-Kom.
sämtl. Dilmärker er-
halten 10% Rabatt.

Herrenartikel- Geschäft

mit Stamm- und Lauf-
zweites Zimmer,
verkaufe frankheits-
halber. Off. unter 4688
an das Dfiland erbeten.

Kino

in Berlin, garantierte
Erlöse, 20 Plätze,
379 Markt monatlich
Miete, Entlastung
u. g. g. u. u. u. u. u. u.
Schöne, Schöneberg,
Hauptstraße 20.

Laden

in bester Geschäftslage
in anblühendem Ort,
reife, Anzeigeb., sehr
für Fußgänger, ver-
bunden mit Damen-
schneiderei, 3 vermieten.
Offerten unter 4688
an das Dfiland erbeten.

Goldgrube!

Kolonialwaren,
Schank, Destillations-
Geschäft, mit Aufstanz,
in größerer Kreisstadt
gelegen, unter günstig.
Bedingungen zu ver-
kaufen. Off. unter 4686
an das Dfiland erbeten.

Teilhaber gesucht

zur Ablösung des bis-
herigen mit 15.000 Mg.
Spekulations-,
Widerttransport-,
Kommissions- und
Exportgeschäft, Berlin,
Angebote unter 4708 an
das Dfiland erbeten.

Landwirtschaft

ungefähr 23 Mg., direkt
an der Bahnhofsstation ge-
legen, besonderer Um-
stände halber sofort
zu verkaufen.

Wolff Schulz,
Doos der Neuhammer
a. Queis, Kr. Sagan.

U d e r m a r k

in nächster Umgebung:
1 **Waldwirtschaft**,
250 Mg., massive Ge-
bäude, elektr. Licht und
Kraft, gut Inventar,
Wiese, 45 Hektar
u.
Verordlich für
Übernahme 12.000 bis
15.000 Mg. Markt 1/2
Jtr. pro Mg. Drei 1/2
Mg. Baumhohlen 100
Mg., komplett, im Dorf
u.
boden, erforderlich 15.000
bis 20.000 Mg. 4 **Wirt-
schaften** 250 Mg., Kom-
plett, 14 Hektar, in
Wald, erforderlich 15.000
bis 20.000 Mg. 20 **Wirt-
schaften** 20 bis 35.000 Mg.
20 **Wirt** 20 bis 35.000 Mg.
komplett, lebendem
und totem Inventar.
Anzahlung von 4000 Mg.
an. 20 zur Südermark
geeignete **Wirt**
von bis 20 Mg. von
2000 Mg. Anzahlung
1 Zement- und Bau-
einfach. Anzahlung
3000 Mg. Preis 7000 Mg.
1 **Motor** ohne
Konstruktions mit Grund-
stück u. 3 Mg. Garten.
Anzahlung 1000 Mg.
Preis 14.000 Mg. Kolon-
ialwaren-Geschäfte und
Grundstücke zu verpach-
ten und zu verkaufen.

Gezert,
Prenslau, Königsstr. 160.

Geschäftsgrundstück

Ginfallmüllhof
in der Hauptverkehrs-
straße einer kleinen
Borsommerischen Stadt
m. Laden, Lagerräumen
Wertstoff und Bier-
zimmerwohn., für jede
Geschäftsbranche
geeignet. u. g. g. g. g. g.
in diesem gutgehenden
Elektr.-Installationen
geschäft betrieben — mit
oder ohne Waren fran-
cheithalber sofort zu
günstig. Bedingungen
zu verkauf. Off. Angeb.
unter 4646 an die Ge-
schäftsstell. b. Dfiland.

Ich suche Ort, Buchtrockerei

zur Gründung einer
möglich und ausföh-
reich! In Frage käme
auch Anlauf und Ver-
teigerung meines un-
benutzten Schnees an
kleinem Geländestücke
nehmen. Stelleich ge-
findet sich unter meinen
früheren Kollegen aus
der Prov. Polen einer,
der guten Gründungs-
gelegenheit kennt oder sein
Geschäft abzugeben ge-
denkt? Ich bitte ge-
gebenenfalls um Aus-
kunft gegen Unkosten-
vergütung.

Gustav Fiedler

Rauscha D. 2-4
ft. Dikow-Krotzschin.

Bäckerlehrling

steht ein, Sohn ab-
barer Eltern, geund
n. träftig, im 1. April
oder sofortigen Eintritt
Emil Macl,
Wädemeister,
Leubsdorf (Warthe),
Küstriner Straße 39,
ft. Rogowo-Polen.

21 jährige Waile, Ap-
prehensivität, (Strom-
bergerin), Anfangsgerit
in Stenographie und
Schreibmaschine, auch
sehr erfahren im Haus-
halt, lacht zum 15. April
angenehm

Stellung.

Offerten unter 4684 an
das Dfiland erbeten.
Dilmärkerin, 22 Jahre,
eog, gute Erziehung,
gut erzogen, sparsam,
gute Haushälter, später
Bermögen, wünscht
Beruf in guter Stellung
(mittl. Beamter), Dilm-
märker benutzigt,
zweck

Heirat

kenntnisslos, zu-
schrift unter 4680 an
das Dfiland erbeten.

Wandwirtslohn, 45 J.,
ev. Junggeheil, drei-
taendliches Mark Vermögen,
später noch etwas
Ausstattung, pariam
Beruf in guter Stellung
wünscht, da es ihm
an Damenbeamtenschaft
fehlt,

Einheirat

in kleine oder mittlere
Landwirtschaftliche
Schichten) von bis
30 Morgen, Kräulein
oder Witwe, 45 Jahre
ab, 30-45 Jahren
ab, mit größerem Ver-
mögen, wollen ihre
Offerte unter 4705 an
das Dfiland einreichen.

Verwertung von

Entschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

**Beratung, Vorschüsse,
Beileihung**
Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.

Dr. Polke, Bürgermeister a. D., Müller

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. B I Kurflirt 2775.

Bestattungs-Zentrale**Fritz Zweig jr.**

(Mitglied des Deutschen Oltbundes)
Brandenburg (Havel)
Plauer Straße 24 — Fernruf 371

Erd- u. Feuerbestattungen

Größtes Lager in Särgen jeder Art und Preisliste in Kiefer, Eiche, Metall. Übernahme sämtlicher Bestattungs-Angelegenheiten. Transporte von und nach allen Plätzen.

Ostmärker trotzt unserer Oltbunde-Sterbefälle bei. Räder, durch die Bundesleitung Bin.-Charlottenburg 2

Goldgrube!

Verpachte ab 1. Mai 1930 in Götzenburg in Ostpreußen, am Markt, a lteingeführtes

Eisen- u. Eisenwarengeschäft

verbunden mit Brennspritrus-Großvertriebsstelle (sehr rentabel), Baumaterial- u. Kolonialwarenhandlung, evtl. mit Geschäft. Wie wiederkehrende Gelegenheit i. kurzzeitliche Pächter. Zur Übernahme 15000 bis 20000 M. erforderlich, im übrigen sehr günstig. Anfragen unter Nr. 3. 4647 an das Oltland.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40

Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung

Fachmännische Bedienung

Reparaturen

Eig. Werkstatt

im Hause

Lieferant für Krankenkassen

Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Obstbäume

Schlingpflanzen, Zitrusbäume, Stauden und Zierpflanzen in reichster Auswahl. Niedrige Preise in den besten, teils neuen Sorten: i. Wahl Std. 0,80 M., 12 Std. 7 M., 100 Std. 50 M., II. Wahl Std. 0,35 M., 12 Std. 4 M., 100 Std. 30 M. empfiehlt in bester Ware

M. Teisenow,
Baumhändler,
Kesshof bei Bad
Dobran i. West.
(früh. Polen-Soldat).
Preisliste kostenlos zu Diensten.

Getreidehändler!

Verkaufe sofort in Höhenheim in Ostpreußen fast am Markt gelegenes

Speichergrundstück

mit Hof und Stallungen, neue, massive Gebäude, praktisch erbaut. Ia. Weidengrundstück. Preis, Anzahl. sehr günstig, etc. Rechte sofort in Höhenheim in Ostpreußen am Markt gelegenes

Laden mit Wohnung

passend für Manufaktur- oder Papierenwarenhändler. Kaufpreis sehr günstig. Geschäftsmöglichkeiten fast unbegrenzt. Nr. unt. Nr. D. D. 4648 an das Oltland.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen laufen für das

Hypotheken- und Handelshaus
Edmund Szwajk, Szwajk (Polen)

Emil Wollenberg,
Bin.-Charlottenburg,
Nommjenstraße 46,
Tel. Bismard 4663.

Zu verkaufen

i Brandenburg, Grenzmarkt und Schienen!

Rentengüter

40 bis 80 Hg., mit Inn. und schlüsselfertigen Gebäuden. 8000 bis 14000 M. Anzahlung.

Restgüter verschiedener Größen.

Übernahme zum 1. 4. 1930. Zugang evtl. vorher. Langfristige niedrige Rentepolitik, meist 1 Freijahr. — Näheres durch

Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin-Salanke, Seefener Straße 30.

Landesrat. Rediert Euch Einer Organisation!

Schuldbuchforderungen

verwertet zu höchsten Kursen

Ostmärkische**Spar- und Darlehnskasse**

e. G. m. b. H.

Berlin SW 11, Dessauer-Straße 8 II

Sprechzeit 1-5 (außer Sonnabend).

Bei schriftlichen Anfragen Rückporto.

Adolf Krause & Co.

Maschinenfabrik u. Eisengießerei
KOSLIN in Pommern
Farnsrother 219 u. 220 (früher Thron)

liefern prompt von ihrem Lager jede
Landwirtschaftliche Maschine
von der Hacke bis zum Dampfflug
franko jeder Bahnstation

Auf Wunsch nach gegen günstige Ratenzahlungen.

Aus der Aufteilung des

Rittergutes Samitz

Kreis Goldberg-Haynau, Reg.-Bezirk Posen, G.

find mehrere Wirtschaften von 30 bis 150 Hg., mit leb. und totem Inventar sehr preiswert abzugeben.

Kirche, Schule u. Bahnhof am Ort, selten günstige Lage, über direkt am Gehöft, elektrisch Licht und Kraft.

S. Stü zmer,
Ritterg. Samitz, Post Reijst, Tel. Reijst 115.

Landwirtschaften

von 20 Morgen aufwärts, Wirtschaften. Wäulen, Schindeln, landliche Bedingungen schon von 3000 Mark. Anzahlungen durch

Invalidendank,

Güterabteilung,

Berlin W 8, Unter den Linden 24,

Telephon: Zentrum 9370.

Möbeltransporte

in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automobilen. Wohnungs-, Wohnungs-, Lagerung.

Steglitzer Straße 91, Fernsprecher: Litzow 91 u. 6759

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenchrift „Ostland“

Herausgegeben von Emanuel Einsiedel und Dr. Franz Vidtke
Verlag Deutscher Verlag G. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 6

Berlin, den 28. Februar

1930

Das Gymnasium von Lengowo.

(15. Fortsetzung.)

Ein Roman aus der Ostmark von Carl Lange.

(Hauptstadt verlesen.)
Copyright by Esgenhorn, Stuttgart

„Doch wie ein Pfeil flog die Antwort zurück von der aufgebenden Stimme: „Wer sperrt andere Kinder von uns ab? Gib Antwort, Alter!“

„Gut geboren, wie kein Kraut! Wer hat ihnen unser Fest verboten?“ Und als ob eine neue Welt bei dem Gedanken daran die Maffen überfiel, drängten die ersten mit erhobenen Armen und geballten Fäusten vorwärts.

Schon wollte eine rauhe Hand Marie-Anna, deren kaltes Gesicht die Leute reizen mochte, zurückstoßen, da sprang mit krebserntem Gesicht Monsieur Jambon vor seine Begleiterin und streckte die Arme aus.

„Eine Stimme war Sturm.
„Ihr sollt „Polen sein“, rief er mit einer Macht, die jeden andern laut niederzerrte. „Ihr Polen, die ihr euch an einer Dame vergreift! O heilige Jungfrau, die Väter und Bräuter als Schutzherrin und Königin von Polen gepriesen haben — sind das deine Söhne?“

„Sollt man kämpft ihr gegen Frauen? Kommt her, schlagt zu, rühmt euch — Mit einer prachtvoll ungeschämten Verwegenheit rief er den Hut von Kopf!

„Aber erst schlagt mich an diesem weißen Haar von der Stelle! Erst schlagt einen alten Vohrer, der sich schämt, daß seine Landesknechte und Bräuer ein Weib mißhandeln!“

„Ist ihr hat man von uns Polen gelernt, daß wir ritterlich sind. Kennt denn keiner, keiner von euch den alten Wohlstand: Gottes Rechte, des Königs Freunde, Ritter und Schützer der Frauen? Sind wir das nicht mehr? Soll es nicht mehr von uns Polen heißen, daß selbst der Arme noch ein Kavaliere besaß?“

„Kavaliere“ — noch mehr johlend seine Stimme — „wer von euch krümmt dieser Dame hier ein Haar?“

„Kavaliere! Wer wird ihr den Weg vertreten, den sie gehen will?“

Seine weißen Sträuben hoben sich im Wind, sein Gesicht war purpurrot, mächtig sprang die Rede darans hervor.

„Reiner, der ein Pole ist, tut das!“

In der Linken hielt er den Hut; in der rechten Arm reichte er mit einer Verwegenheit seiner Begleiterin. Er führte sie direkt auf die hellgelblichene Maffe zu.

Es war lautlos still, daß man den Wind durch die Wäme gehen hörte.

Und lautlos hob sich die Maffe auseinander, daß ein schmaler Gang entstand bis hin zur Pforte.

Durch diesen Gang führte Monsieur Jambon unbedecktes Hauptes Marie-Anna.

Sie hatte vor der tobenden Menge den Kopf hoch erhoben gehabt. Jetzt, mo sie durch die schweißene Schrit, hatte sie ihn gesenkt, und ihre Lippen zitterten.

Die Pforte ward geöffnet; sie traten in den Garten. Der kleine Rektor wandte sich noch einmal, schwenkte in seiner Art — man weiß, er schien sich den Arm dabei auszurecken — den Hut und sagte: „Ich habe nicht gewußt, daß jeder Pole ein Kavaliere ist!“

„Do ward die Menge lebendig.
„Dies kreuz, wie er reden konnte, der Schulmeister! — Aber redet hat er! — Satansker!“

Und der Betrunkene schien wieder aufzuwachen und schrie: „Bisot hoch, Jambon! — Aber diesmal ward es noch dreifig, vierzig, fünfzig aufzunehmen. Er hatte die Leute bedrückt.“

„Führen Sie sich angegriffen, gnädige Frau!“ fragte er, als sie auf das Gymnasium zugehen.

Sie schüttelte vor dem Kopf, aber konnte kaum sprechen. Wie zum Dank ließ sie ihre Hand schwerer in seinem Turm ruhen.

„Duh,“ fluchte er und blies dem Atem von sich, während er sich mit dem Hut Kühlung zufächelte — „Lehre mich einer das Volk kennen! Dätle ich noch fünf Minuten geredet, hätten sie mich im Triumph auf

ihren Schultern durch die Stadt getragen. Aber ich bin zu alt zum Reiten! Hören Sie sie! Bisot schreien!“

Marie-Anna hörte nichts; sie wollte nur, sie sollte in wenigen Minuten ihr Kind sehen.

Gertraud Rüdiger öffnete. Keine Vorstellung, nur ein Händedruck!

„Hier, gnädige Frau!“

„Da lag er, schlug die Augen auf, lächelte ihr zu: „Mutterchen!“

Am sein Bett kniete sie hin, nahm seinen Kopf in die Hände — die noch immer handhabschulen. Von der seuchenden Wunde, die er um die Stirn trug, rann die Tropfen langsam herab über ihre schmalen Wangen.

„Es sind — nur ein paar Wunden,“ sagte Reinhold Wächter. Aber die Augen fielen ihm zu. Er schlief.

Der Arzt, den man die jetzt zurückgehalten, deutete sich zu ihr. Ein paar Beulen sei etwas suppenmäßig ausgedrückt, aber so viel dürfte er sagen, daß nach menschlichem Ermessen keine Gefahr vorlag. Ein Koch im Kopf, tüchtig! Drummelstößel, Blutvergiftung und dadurch bedingte Schwäche — Schlah sei das Beste.

Sie mußte und hörte nur eins: keine Gefahr!

Ein tiefer Atemzug, der wie ein Seufzer klang und alle Zweifel, alle Spannung davontrug — dann ging sie heftig zu pflücken an, schlug die Hände vor sich und weinte.

Gertraud Rüdiger zog sie zum Kessel. Sie lehte sich. Der Arzt drückte den andern die Hand und winkte mit den Augen.

Welle gingen sie alle aus der Tür: Monsieur Jambon, der vor Begier brannte, die Absentener draußen zu erlösen, Doktor Salk, Gertraud, der Arzt, das Mädchen.

Soll sich nach ihrem Vater um, aber der hand vorlanken, mit dem „Frenklich“ und mit einem jenseitigen schmerzlichen Zug im Gesicht, feiertwärts von der Tür.

„Da ließ sie ihn.

Und nun waren in dem schmalen Raum außer dem schlafenden Kranken die beiden Menschen allein. Die sich nicht an den gleichen Glückstrahl gebängt, die sich einmal im Leben in Wohl und Ernan geküßt hatten.

Die Lampe, nach dem Bett zu schirmverhängen, warf ein mattes Licht umher.

Marie-Anna, der nach den Spannungen und Erregungen der letzten Stunde die Stille wohltun mochte, sah noch immer mit dem Händen vor dem Gesicht. Man mußte nicht, ob sie noch weinte.

Reglos stand Georg Rüdiger.

Kun hatte er sie wiederbegeben — nun sah sie in seinem Haus. Wie hatte er doch gleich gedacht? Er würde vor ihr erschrecken und sie vor ihm; die vermählte Frau Conrad Wächter würde das Bild von Marie-Anna Verhuld für immer verdrängen. . .

Ja, er war erschrocken! Es war ein Erschrecken die ins tiefste Herz. Sein Blick ließ sie nicht losen — er hatte sich mit Absicht in den Schatten gestellt und seiner Köcher aufgetragen, die Dame zu begrüßen und hier beizuführen.

Als es kinnelte, zunkte er zusammen. Als er ihren Schritt hörte, sagte er kraftlos die Worte eines Stulps.

Aber je nach dem Bett, in das man den Knaben gelegt, hing das Bild seiner Frau. Ganz Dünken breit, bebrügelt, mit dem schwarzen Seitenlock, das ihr nie gefehlen sollte. Er sah es an, als wollte er es fast selbst erspähen.

Menschlich verknagte er sich gleich den andern: es war nicht möglich. Marie-Anna hob ihn so wenig wie die übrigen. Sie sah nur ihr Kind.

Aber je länger Augen wurden immer größer. Die Hand, die sich felt auf den Stuhl gestützt, sank herab. Ihm war, als wollte der Herrschlag aussetzen. So sehr erkrank er.

Rein, nein — das war nicht jenes Knaben Mutter. Das war Marie-Anna, wie sie damals ihm „Gute Nacht“ gesagt. Er sah ihre hoh: Geltalt — war sie denn nicht einmal deller geworden? Er

Für Volk und Vaterland.

Denen, die sich für uns kämpften und steten,
Vaterland,
denen, die nach edelsten Zielen
den Blick gewandt,
denen, Vaterland,
für Volk.

Leid will Prüfflein zum Ewigem sein.
Was auch immer versank,
auf allen Wegen reißt neue Saat.
Krieger scheiden sich Sein und Schrein.
Ritter Wägen und Glanzen hinein,
hätte allen Sittamen Hand.
Schritte wieder zur Last,
zur Einigkeit —
für Volk und Vaterland.

Carl Lange.

Ich ihr Gesicht — es wirkte gegen ihr dunkles Kleid und in der Dämmerung soll weiß leuchtend. Und in dem verhängten Licht sah man wohl die Wäلتchen nicht, die sich in den jungen Jahren der Erreanung in ihr Gesicht gräben haben mochten.

„Doch als es sich über den Knoben beugte, als es ihn gerettet mußte, als die Spannung sich löste und ihre Augen sich füllten, da ward es auch wieder weicher.“

Ein Entsetzen bis ins tiefste Herz . . .

Georg Nüßiger hatte wieder das brennende Weh wie damals, als der Feilen sieg, als ein ganzes Leben noch vor ihm lag, als er sie zum erstenmal erblickte. Und spurlos verlor er einen Augenblick die ganze Weibe der in Pflicht und Arbeit verdrachten Jahre, als wären sie nicht genug ausgefüllt, als hätten sie nicht genug eigene Schwere, um sich halten zu können.

Da mochte Marie-Anna fühlen, daß noch jemand im Zimmer war, und sich belüsten, wo sie sich befand.

Sie ließ die Hände sinken und blickte auf.

Die Augenpaare trafen sich. Sekundenslang rubten sie ineinander.

Es war, als wäre jede andere Bewegung gelähmt.

Erst als von fern, aus dem zweiten Zimmer, die laute Stimme

Monsieur Jambons tönte, hing ein feines Netz in das Trauercanthal.

Sie erhob sich.

„Sie werden einer so sehr erschrockenen Mutter verzehren, daß sie Sie vorhin nicht gleich begrüßt hat. Mein Sohn und ich sind Ihnen großen Dank schuldig, Herr Direktor.“

Dabei reichte sie ihm die Hand.

„Gnädige Frau . . .“ sagte er mit trockener Stimme. „Das war alles. Er brachte nicht mehr heraus.“

Summe die Camps auf dem Tisch? Wiegte das Schweigen sich auf die rauschenden Säulen?

Das starke Ergreifenfein des Mannes teilte sich auch der Frau mit. Sie wandte instinktiv ihr Haupt zur Seite, nach dem Bett, in dem ihr Knabe schlief.

Der Direktor tat das gleiche.

Dann sagte sie leise: „Ich darf doch?“ nahm einen Stuhl, trug ihn an das Lager und setzte sich. „Bestimmte legte sie ihre Hand auf die des Sohnes.“

„Wie ist denn das alles gekommen?“ fragte sie dann. Sie sprach gedämpft, um den Schlafenden nicht zu stören, aber ruhig, als gebe die Berührung der Hand ihr die freie Sicherheit zurück. „Herr Direktor! Obenlinks hat mir zwar viel erzählt, ich habe es aber nur halb gehört in meiner Herzensangst.“

Da erzählte er, ebenso gedämpft redend wie sie. „Was eigentlich vorgegangen ist, weiß ich nicht, das wird die Untersuchung erst lehren.“ Sie wandte sich halb, halb, unglücklich.

„Die Untersuchung?“

„Über sie wurde ja berichtet. Soll sie ein junges Mädchen. Denn sie hatte einen seltsamen Blick gemerkt.“

Georg Nüßiger nahm sich zusammen und sprach sich, einige beruhigende Worte zu reden. Es müßte selbsterklärend werden, wie der Junge nach dem Schlaflos gekommen sei. Es wäre doch streng verboten gewesen. Und was überhaupt passiert ist.

„Er wollte einen Freund besuchen“, sprach sie, ohne den Blick vom Bett zu erheben.

Noch immer stand der Direktor teilwärtig von der Tür im Schatten. Er antwortete, sprach — sein Herz war nicht dabei. Sein Herz klopfte. Sein Herz zitterte.

„Vorhin — das war die alte, rasche Wendung des Haupts getroffen, jenes schnelle und leichte Werfen, das sie ihrem Sohn auch erteilt hatte.“

Und da war alles, was verdeckt, verstaubt und verloren in Herzensstiefen geruht, wieder blank und leuchtend geworden und in seine Augen gelitten.

Diesen Blick, daraus es sprach, hatte Marie-Anna aufgefunden. Kein Wort, so gewöhnlich und alltäglich es sein mochte, konnte nun die seltsame Scheu verstreken, die beide Wesen in Damm hielt. Sie gaben es auf, zu reden. Sie horchten auf den Atem des Beruhigenden, der über sie hinwegschwebte, und was er sprach, das war es, auf die Kufe, die doch hin und wieder brausen von dem johlenden

Da herübergerauscht. Über sie mühten sich oh, zu verstehen, was zwei Zimmer weicher Monsieur Jambon oder der Hilfsleiter sagten.

Da sah Gertraud Nüßiger in tiefen Gedanken und halber Unruhe. Sie hörte kaum, was Doktor Holl, der sich wieder ereilte, eigentlich wollte. Sie dachte an die letzten Worte des Arztes.

Sie hatte ihn beim Abschied noch einmal gefragt: „Allo gar keine Besorgnis, Herr Doktor?“

„Nein“, hatte er geantwortet, „gar keine. Aber Ruhe, Ruhe, Ruhe. Lassen Sie den Jungen schlafen, Jesus! er will. Und nicht etwa noch Hause schaffen. Behalten Sie ihn wenigstens diese Nacht hier.“

„Aber das müßte die Mutter schwerlich wollen.“

„Wenn es für ihr Kind gut ist? Höchstens räumen Sie ihr ein Plätzchen ein.“ Und lächelnd: „Sie glauben gar nicht, gnädiges Fräulein, wie wenig Raum eine Mutter braucht.“

Das gab dann also heute nach dem heißen Tag, der einem in allen Gliedern lag, noch eine gehörige Umwälzung. Man konnte das Bett der Mutter gerade noch in das kleine Zimmer stellen. Der Vater mußte sich dann mit der Eschloßkassette in seinem Arbeitszimmer begnügen.

Wenn hätte Gertraud Nüßiger mit dem Vater darüber gesprochen oder mit dem Mädchen verhandelt. Aber sie wollte die beiden Herren auch nicht in Anspruch stellen.

Die hatten sich immer mehr in Eifer gerätet. Der alte Rektor war sein Abenteuer losgeworden; dann erigte man sich in Vermutungen, wie Reinhold Wächter auf den Felsplot gelang sei und was die Leute so empört habe. Und zuletzt: was nun werden würde.

Es war klar, daß sich etwas Derartiges nicht verfallen ließ. Das grenzte ja an Revolte. Morgen würde die Polizei nachschießend auf gut Glück ein paar Tratten beim Stragen nehmen und sie Verhaft anstellen. Vielleicht kam auch der Schulrat aus Posen. Das Wichtigste blieb die Vernehmung Reinhold Wächters.

Die konnte morgen oder übermorgen ins Hotel erfolgen.

Doktor Holl setzte an seinem wenig gestohlenen Schnurrbart.

„Wahrscheinlich“, sagte er, „kommt die ganze Sache doch vor die Lehrerkonferenz.“ Ich meine: das mit dem Jungen. Und wenn es noch mit geht.

Seine großen Augen blinzelten.

„Wah! Gott, ich würde den Bengel resignieren, und ob's mein eigener Sohn wäre! Solche Tratten verderben alles! Da haben wir endlich einen Direktor, der energisch juppakt und dabei besonnen ist — halt du nicht zeleben, muß doch ein wenigmeinetwegen gar brauen Sekundaner der Hefer werden, daß er durchaus seinen nationalen Feuereifer betätigen muß. Da haben wir die Beförderung!“

„Das gnädige Fräulein müßte nach lauen, aber ich möchte immer wieder beten: Nieber Herrgott im Himmel, gib den Worten hier keine Begründung, aber vernimmst nur den intelligentesten! Alle großen Dummheiten der Weltgeschichte haben Begründete gemacht; mit Begründung ist der Karren hier verfahren worden; müßliche Arbeit wird ihn aus dem Sumpf ziehen müssen. Und was nicht uns Jahrelanges Mühen und Schaffen, wenn jeder begünstigte Sekundaner es vernichten kann und durch seine Begünstigung auch jene der andern Seite weckt, die uns die Fenster eintritt!“

„Nüßiger werden, Stranden, ruhiger werden! Wollen Sie das Salz entziehen, weil es bei zu reichlicher Anwendung die Suppe ungenießbar macht?“

(Fortsetzung folgt.)

Wladislawa und die Polizei.

Die vorbestimmte Polizei schmecken, wird er von ihrem Anblick hingenommen. Auf Knall und Fall anlangend er sie. Auch Kriminalbeamte notieren miteinander den Verlauf.

Rum war ihnen zu erwarten, daß Polens weitestlicher Polizeinspektor dem letzten nachgeliefert würde, um dessen Verhaftung vorzunehmen. Diesem Schicksal entzog sich das verlebte Paar durch die Flucht nach Argentinien. In Buenos Aires eröffneten sie eine Art Eheleben und ließen Verhaftung und Kodesurteil zwei überwunden Angelegenheiten sein. Er, ein Kenner internationaler Auslieferungsgesetze, vernichtete seine Papiere und maskierte sich als Argentinier.

Das Auge des Gesetzes kreuzt um die Welt, unheimlich lang sind die Finger einer Polizei. Dem kann man sich Anspäckeren über den Ocean. Damit, falls einer der Schönheit zum Opfer fällt, immerhin der zweite sie verhaften konnte. Dies erledigten sie spielend. Nur den zweiten Aufbruch: Selbstnahme des Geliebten — den konnten sie nicht erfüllen. Ein Kriminalbeamter löst sich nicht verhaften. Keine Spur von ihm war zu entdecken. Die schöne Wladislawa brachte sie unermüdet nach Hause. Vollkommen gerührt sah sie dem Schicksal ins Auge und erbaunte, den Vater aus Kodesurteil gerettet zu haben, weil er sie zwingen wollte, eine Beside von Mensch zu heiraten.

Als der argentinische Dampfer „Luzifer“ läuft in Vissobon anlegte, trug er eine Senfation an Bord: Wladislawa Mikulka, die polnische Schönheit. Aber jene zwei Männer mit finsternem Blick, die an ihrer Seite schritten und am Pier ein geschlossenes Auto besaßen, in das auch sie genötigt wurde, waren Kriminalisten.

Der „Frankfurter Generalanzeiger“ erzählte die Vorgeschichte dieser Verhaftung, die so dramatisch ist, daß junge Autoren, die noch eines spannenden Vornehms benötigen, damit ihr Glück machen werden. Die Sache ist aber ein Trauerspiel, denn Wladislawa Mikulka war schon vor Jahren zum Tode verurteilt worden. Sie hatte ihren Vater ermordet, küßte weil er sie mit einem Zwanzigjährigen beglücken wollte. „Güter tun das oft. Aber vernünftige Söhner entziehen sich dergleichen Zumutungen meistens durch die Flucht. Bei Wladislawa Mikulka führte dieser Weg dummerweise über eine Leiche. Doch hat sie, wegen hochgradig verführerischer Schönheit, Jahre lang die Urteilsvollstreckung verhindern können. Das ist das Selbsttöten am dem Fall.“

Rachdem in Lodz das Schmutzgericht den Kopf der Mörderin gefordert hatte, wurde Polens bester Polizeinspektor nach Wluchallen entsandt, um die Verhaftung der Dolmetscherin an Ort und Stelle vorzunehmen. Er überlebte sie in vorbildlicher Rühr auf, sagte ihr auch, welches Schicksal in der Heimat ihrer wartet. Aber dann, statt

Der deutsche Gedanke in Masuren.

Su den Wänteln, mit denen Polen ein Weltreichtum aus Ostpreußen geltend zu machen versucht, gehört die Behauptung, daß die Bevölkerung der Provinz im Süden und Westen übermäßig fleischlich, in Ostpreußen im Norden aber übermäßig vegetarisch sei. Der Königsberg wirklich deutscher Abstammung ist. Das ganz Land sei heute noch durch den Terror des „Krauzritzergeistes“ gemartert; in seinen Tiefen aber habe das Volk die Erinnerung an seine slawische Herkunft und die verwandtschaftliche Liebe zu seinen polnischen Stammesgenossen gemahnt. Es bedürfe nur einer Befreiung der deutschen Herrschaft und Neuordnung, um zu beweisen, daß das Deutschum in Ostpreußen die Oberfläche aber die tiefen Reize des hohen Königsberg Volkskerns berührt. In diesem Sinne haben sich die Polen seit einigen Jahrzehnten um die Entwicklung einer Minderheitenbewegung unter den Masuren Ostpreußens bemüht. Mit polnischem Gelde wurde 1896 in Guk die „Czajka Dubowa“ gegründet. Nach deren Eingehen verlusten es die Polen mit dem in Ortelburg erblühenden „Mazur“, ohne jedoch unter den hier Mandat sprechenden Masuren Vork für ihr hochpolnisch gefärbtes Blatt finden zu können. Einmal haben sie durch ihre geführte Wahlpropaganda einen polnisch-katholischen Reichstagsabgeordneten im Wahlkreise Ortelburg-Sensburg durchgebracht; schon bei den folgenden Wahlen aber haben die inwänschen aufgekauften Masuren diesem eine entscheidende Niederlage bereitet. Wichtiger als solche Propagandaarbeit ist das schriftliche Eindringen nationalpolnischer Elemente gewesen, die leitend die Güter der Bauern in Ostpreußen, in der an Westpreußen angrenzenden Kreise Osterdor und Reidenburg, und im Kreise Ortelburg aufgekauft haben. Viele Ausbreitung polnisch-katholischen Bessers war für das Vordringen des Deutschums in Masuren eine große Gefahr. Die ersten Nachkriegsjahre haben ihr ein Ende bereitet. Die feindselige Haltung der Masuren hat fast sämtliche polnischen Südbesitzer zur Zeit der Abkündigung veranlaßt, ihr Land zu verlassen oder gegen deutschen Besitz in abgetrennten Ostpreußen zu tauschen, so daß es heute in Masuren kaum noch Güter gibt, die sich in national-polnischen Händen befinden.

Die Polen mußten bei der Abkündigung im Jahre 1920 erkennen, daß der polnische Staatsgedanke in der Bevölkerung Ostpreußens nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Anhängern besitzt. Sie hatten damals im Ermland 5971 und in Westpreußen 1977 Stimmen erzielt. In Masuren wurden im Jahre 1920 sogar nur 178 Stimmen, das sind 0,7 v. H. gezählt. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 sind es 7590 bzw. 3346 und vier Jahre darauf nur noch 2652 bzw. 1512 Stimmen gewesen. Wenn man annimmt, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung masurisch sind, so kann man diese Ergebnisse der Reichstagswahlen beim besten Willen nicht als einen Sieg des großpolnischen Staatsgedankens (nicht einmal unter der polnisch sprechenden Bevölkerung, gefolgt von den Masuren Ostpreußens) ansehen. Denn 1925 wurden bei der Volkszählung im Regierungsbereich Allenstein 12 271 Deutschen mit polnischer Muttersprache und 13 565 Doppelpolnische gezählt, im Regierungsbereich Ostpreußen waren es 5951 und 5895; im ganzen also rund 42 000 „Polen“. Von diesen hatten 1924 knapp 11 000 und 1928 nur rund 4500 für die polnische Liste gestimmt.

Aber die Polen haben ihre Sache noch nicht verloren gegeben. Es ist ihnen trotz vieler Fehlschläge ihre Werbetätigkeit fast. Sie scheitern glauben sie auch, daß ihr junger Nationalstaat auf die bäuerliche Bevölkerung im südböhmischen Ostpreußen eine härtere Anbindekraft als das polnisch gefolgte und wirtschaftlich niederliegende Deutschland auszuüben vermöge. Sie sammeln um ihr Propagandablättern, ein ärmliches Häuflein emigriert oder irgendwo beeinflusster Leute, die unentwegt das masurische Volkstum als einen Teil des polnischen Gesamtvolkes bezeichnen und mit Überzeugung oder gegen die Bejahung von Deutschen her das Spiel ihrer masurischen Heimat ermartern, in der sie selbst zu Fremdlingen geworden sind. Das Wänteln wird zu Propagandabedenken in größerer Umfang kollonien in die masurischen Dörfer verbannt. In Ortelburg gibt es eine polnische Volkshank, die sich bemüht, die wirtschaftliche Notlage Ostpreußens auszugleichen und durch Darlehen die masurischen Bauern in die polnisch-katholische Wirtschaft einzuführen. Deren Zweck ist polnischer Konsum in Ostpreußen ist das Wänteln in Allenstein nachweislich die Mittelstelle für alle national-polnischen Bestrebungen im Ermland und in Masuren. Alljährlich kommen die aus Ostpreußen abgewanderten Polenfreunde zusammen, um zu betonen, wie jenseits der Grenze die polnische Bewegung gefördert, d. h. wie sich selbst im Osten Deutschen und Masuren gegen werden kann. Das gibt es natürlich mehrere Vereine, die sich mit der Verteidigung der Masuren befassen. Es sind der „Westmasurenverein“ in Polen der „Verein zur Errettung Masurens“ in Westfalen, der seit 1924 besteht und vom Senator S. im a. o. s. k. geleitet wird, und der „Verband zur Verteidigung der polnischen Interessen in Masuren“, dessen Gründer und Leiter ein gebürtiger Deutscher, der polonisierte General-Intendantentendenz in Warschau ist. Diese Vereine, hinter die Macht leiten, sind nicht ohne Erfolg. Sie haben sich in „Bund der Polen in Ostpreußen“ mit dem S. in Allenstein eine Organisation geschaffen, zu deren hauptsächlichsten Aufgaben es gehört, die Masuren über ihre „wahre Stammesart“ zu unterrichten und sie daran zu erinnern, daß sie „verirrte Kinder der Mutter Polen“ sind.

Die Polen versuchen sich selbst und dem Auslande glauben zu machen, daß bei der Abkündigung 1920 die Bevölkerung der Provinz von dem Deutschen erregt und terrorisiert worden sei. Sie haben unter dem Vorwand der Erklärung für ihre heimische Kultur und Sprache, die Masuren hätten damals nur für ihre ostpreussische Heimat und nur für ihr slawisches Volkstum, nicht aber für ein Verbleiben bei Deutschland und nicht für eine enge Anlehnung an das kulturelle Deutschum gestimmt. Ihre Gutgläubigkeit sei von den deutschen Abkündigungselementen mißbraucht und das Datum für masurische Eigenart in die feilsche Zeit Großpreußens umgewandelt worden. Darauf sei es zu sagen, daß die Erklärung, daß die Masuren nicht ein so starkes preußisches Staatsgefühl besaßen. Es ist gewiß kein Zufall, daß das Preußentum mitten im masurischen Wohngebiet, in Guk, entstanden ist. Wenn die Masuren wirklich für ihre enge Heimat und ihr kleines Volkstum gestimmt haben, so haben sie, indem sie ihre Stimme für Preußentum erhoben, dennoch zugleich um Ausdruck gebracht, daß ihrer sehr einmütigen Ansicht nach ihre Heimat besser im Verbände des Deutschen Reiches geblieben kann als in Verbindung mit Polen und daß ihr Volkstum besser die ihm gemäße Entwicklung nehmen kann, wenn es mit dem Deutschum in engerer Verbindung als mit dem Polenrum steht. Am eigentlichen Sinn der Abkündigung wird also dadurch nichts geändert, daß man für masurische Heimat das größere Deutschland und für masurisches Volkstum die weitere deutsche Kulturgenossenschaft fest. Die Abkündigung ist eine irgenbweide Verleumdungsaussage von Deutschen, die sich durch ihre unrichtige Fassung leicht klar und einseitig: hier Deutschland — hier Polen; und der Masuren hat für Preußentum gestimmt.

Die Polen sprechen von einer ethnographischen Zugehörigkeit Masuren zu Polen. Mit Unrecht: Denn die Masuren sind von deutschen und preussischen Elementen nördlicher Rasse so stark durchsetzt, daß es nicht mehr möglich ist, sie als eine Volkstruppe zu bezeichnen, die von der Bevölkerung im nördlichen Ostpreußen ethnographisch abgesetzt und deswegen mit dem südlichen Masurien rassenmäßig verbunden ist. Ganz gewiß haben die Polen der Volkszugehörigkeit zu Deutschen gemißt sind, mit ihren ostpreussischen Stammesgenossen weit weniger als die heutigen Masuren mit den Königsbergern zu tun.

Das hindert die Polen freilich nicht zu behaupten, daß das südböhmische Ostpreußen von einer ihrer Abstammung noch slawischen Bevölkerung besetzt ist, die sich bei ihrer Verdrängung von Preußentum selbst umgarn der polnischen Kultur erfinden möchte. Die polnische Propaganda mit Eisern dabei ist, solche Erfindungen zu verbreiten, um die künstliche Verwickelung der vor zehn Jahren noch feindseligen Polnischen vorzubereiten, ist es wohl angebracht, wieder einmal auf das Verhältnis des masurischen zum deutschen Volkstum einzugehen. Seit 1870, das es zu der Zeit, in der die Deutschritter ihren Einzug in Ostpreußen hielten, keine Slawen im Land gewesen hat, das Maß und Umfang der preußischen Siedlung, die unter der Leitung des Landes von einem preussischen Volkstamme besetzt. Damit fällt die polnische Behauptung von „armländlichem Charakter“ Ostpreußens in sich zusammen. Erst die Kolonisation der Deutschritter hat neben zahlreichen deutschen oder ostpreussischen Bauern und Stadtbürgern auch Siedler aus dem benachbarten Masurien in die nach der Abkündigung der Ersten polnischen menschenvermehrung „Wänteln“ gezogen. Nach dem zweiten Chotiner Frieden (1806), als nach dem Zusammenbruch der Ordensmacht die deutsche Zuwanderung ins Strosken kam, breitete sich mit Hilfe des deutschen Adels das slawische Element im südlichen Ostpreußen aus und drang nach Norden und Nordosten selbst in rein deutsche Kreise wie Angerbürg, Nauenburg und Gulpow vor. Diese Bewegung dauerte bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts an. 1636 und 1657 wurden das slawisch genorene Masuren durch die Katenen und Siedlungen der Polnischen, die sich im Norden des Landes, in weite Strecken lagen nicht; nicht weniger als 15 Städte und 249 Dörfer wurden zerstört. Aus dieser Zeit kommt der Nationalhater der Masuren gegen die Polen, als deren Verbündete damals die tatarischen Nordbreiter in Ostpreußen eingefallen sind. Es ist das Land von diesen Schlägen hatte erholen können, hat es in den Jahrzehnten 1709-10 wiederum mehr als ein Drittel seiner Dörfer mehr als slawischen Bevölkerung erhalten.

Von dieser Zeit an ist das Deutschum in Masuren wieder langsam, aber unauflöslich im Vordringen begriffen. Deutsche Handwerker und Kaufleute wanderten zu; die Städte wurden wieder deutsch. Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große bestanden die mühen Bauernstellen mit deutschen, seltener auch mit polnischen Siedlern. In die meisten masurischen Städten wurden Bornhöfen gelegt; auch die Städte wurden deutsch. Die Erschließung der weiten anbes durch Verkehrswege und die Urbarmachung der siedlungsfeindlichen Moore wurden in Angriff genommen. Der Befreiungskrieg zeigt denn, daß Masuren gut preußisch war. Seine Bewohner standen mit in vordere Front gegen die Fremdherrschaft, während es der Teile mit Frankreich hielt. Das erkrankte Nationalbewußtsein im Gefolge der napoleonischen Kriege hat die Ausbreitung der deutschen Bevölkerung in Masuren zu einer Angelegenheit der ganzen deutschen Bevölkerung Ostpreußens gemacht. Hierbei ist es niemals zu Zwangsmaßnahmen gekommen. Das höhere Schulwesen war immer rein deutsch. Im Jahre 1875 konnte auch in den Volksschulen (außer für den Religionsunterricht) allgemein die deutsche Sprache eingeführt werden, nachdem vorher ein aus-

zehnder Stamm ortsansässiger maurischer Bedkräfte für die Erteilung des deutschen Unterrichts herangebildet worden war. Die Überlegenheit des Deutschen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht wurde nie bestritten. Deutsch galt immer als die Sprache der „besseren Leute“, deren sich jeder bediente, der sich irgendwo über seine bürgerliche Umgebung hinausheben wollte. Der Versuch, ein eigenes maurisches Gesellschaften zu entwickeln, wurde niemals gemacht.

Ostmärkisches Allerlei.

Rundschreiben des Ministerpräsidenten Bartel.

Der neue Regierungschef hat ein Rundschreiben an die Beamtenenschaft gerichtet, das einiges Aufsehen erregt hat, weil es ein berechtigtes Licht auf die Zustände in polnischen Beamtenkreisen wirft. Die Beamten werden ermahnt, vorchristlichmäßig ihren Dienst zu beginnen und auszuführen, nicht während der Dienststunden in die Kaffeehäuser und Restaurants zu laufen und dort ihre Zeit zu vergeuden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß manche Beamte sich zu nächstlicher Zeit in Kaffeehäusern und Bars zu verpflegen sich für dort in einer Weise benehmen, die sich mit ihrer Beamtenwürde nicht vereinbaren läßt. Damit hat Herr Bartel eine empfindliche Stelle berührt. Es ist kein Geheimnis, daß manche Beamten ein Leben führen, dessen Kosten unmöglich aus ihrem schmalen Gehalt bestritten werden kann. Besonders in den letzten Jahren, seitdem Polen „amoralisch Januier“ sein, kann man wieder feststellen, wie viele Beamte zeitliche Gelder, die sie auf vielfältige Weise verdient haben, lieblos und anstandslos in öffentlichen Lokalen durchbringen. In den diplomatischen Kreisen Warschaws hat ein solches Auftreten gewaltiges Aufsehen erregt. Wenn man annehmen könnte, daß ein Rundschreiben inländische wäre, diese Dinge zu ändern, könnte man sagen, daß Herr Bartel auf dem besten Wege ist, seiner Beamtenenschaft europäische Geittung beizubringen.

Kirchenkandal im Kreise Schweg.

Erst am alten Vortage für die ärmeren Gemeindeglieder auf eine Anzahl Freipflichte auf dem Chor war der Geistliche einer Gemeinde im Kreise Schweg nicht davon abgebracht, auch dafür Verpflegung zu verlangen und folgte schließlich den Gedankeln, die fraglichen Chortischei mit den Bänken einfach abzubauen zu lassen. Ein Schörrichter mit seinen Leuten wurde ohne vorherige Anzeig den Chor heruntergenommen. Die Pflichten bei der Arbeit sogar eingespart, und der Kirchenhöflichkeit in seine Wohnung mitgenommen. Die ahnungsloser Einwohner hörten das Sägen und Hämmern in der Kirche und rorteten sich in großer Erregung vor der geschlossenen Tür zusammen. Alles zog zur Pfarrermohung, und eine Delegation verlangte von der Wirtin deselben, den Pfarrer zu sprechen, welcher den Kirchenhöflichkeit herausgeben sollte. Dieser weigerte sich mit dem Worten: „Ich bin der Herr und habe zu bestimmen.“ Nicht ohne Widerstand lebte der Chor heruntergenommen. Die Erregung aufs höchste. Darauf wurde der Kirchenhöflichkeit aus der verschlossenen Pfarrermohung durch das Fenster ausgeliefert. Alles zog nun zur Kirche, diese wurde geöffnet und der Pfarrermeister aufgesordert, sofort mit dem Abbrechen des Chors aufzutreten, der schon zum größten Teil heruntergebrochen war. Bei der Weigerung hierzu erkrankte eine ähmerer Privatge, während welcher Meister und Gefellen hinausgenommen wurden. Abends fand eine große Versammlung unter Teilnahme von etwa 2000 Personen statt, welche mit einem dem Pfarrer zu hollenden Ultimatum endigte, bis 12 Uhr mittags am nächsten Tage das Dorf zu verlassen, sonst würde sein Leben bedroht sein. Gleichzeitig beschloß man, das Eigentum des Pfarrers zu beschlagnahmen jedoch Schadensersatz für den zerstörten Kirchenchor. Der Pfarrer reiste fort ab, und die von dem Vorkall benachrichtigte kirchliche Aufsichtsbehörde hat inzwischen schon für eine anderen Geistlichen als Erbsch Schweg getreten, welcher bereits antritt.

Ein Ehrenmal für Carl Erike in Landsberg a. d. W.

Auf dem evangelischen Friedhof in Landsberg hat der am 28. Mai 1922 verlebte Komponist Carl Erike seine letzte Ruhestätte in einem Reihengrab gefunden. Carl Erike wurde am 5. Februar 1864 zu Altbarren im Regierungsbezirk Stettin geboren. Sein Vater war ein Beamter. Erike besuchte die Gemeindefschule in Willdenau bei Stettin. Nach seiner Schulentlassung schickten ihn seine Eltern zum Studienratkus 1. Oktober in die Lehre, die er im April 1885 beendete. Am 1. Oktober 1885 trat er beim Grenadierregiment König Carl Nr. 123 als Dreijährig-Freimilliger ein. 1890 trat er zur Schutzmannschaft über, um später nach Landsberg überzuführen, wo er als Kreisbote beim Postamt zum tätig war. Als Komponist trat Carl Erike erstmalig im Jahre 1901 hervor. Sein Marsch „Mit Kameraden“ hat ihm Weltweite gebracht.

Um sein Andenken zu sichern, bildete sich zu Anfang des Jahres 1929 in Landsberg a. d. W. ein Ausschuß, der sich zur Aufgabe gesetzt hatte, dem Verstorbenen ein schlichtes Ehrenmal zu setzen. Ein Aufruf, durch freiwillige Spenden die Finanzierung des Ehrenmals zu ermöglichen, fiel nicht nur in Landsberg, sondern in vielen Teilen unseres Vaterlandes

Das ganze maurische Vereinsleben geht auf deutsche Anregung zurück oder ist im engsten Zusammenhang mit den ansässigen Deutschen verbunden. Als in die ansässigen Grenz- und Balddörfer sind die Vereine, die der Gefelligkeit, dem Sport, der Förderung der Pflege kirchlichen Lebens und der wirtschaftlichen Selbsthilfe dienen, verbreitet; bis in die letzten Winkel des Landes bringen sie den deutschen Geist. (Schluß folgt.)

Dr. K.

auf fruchtbarer Boden. Der Gemeindegliederwart stellte eine Ehrengrabstätte auf dem neuen Teil des Friedhofes bereit. Das Ehrenmal ist von dem ostmärkischen Bildhauer Carl Schmalke entworfen.

Riklaus Jellenstein zum Gedächtnis.

Eine „Riklaus-Jellenstein-Straße“ ist in Marienburg zu Ehren des reinlichlichen Baumkesslers aus der Marienburg, des aus Koblenz kommenden Marienburger Bürgeres Riklaus Jellenstein durch Änderung eines unzutreffend gewordenen Straßennamens in der Altstadt geschaffen worden. Die Straße läuft mit ihrer Achse auf die Marienburg zu. Jellenstein hat um 1400 an einem der berühmtesten Teile der Marienburg dem stolzen Hochmeisterpalast geschaffen, der sichtlich römische Art zum Ausdruck bringt. So dokumentieren sich die engen kulturellen Zusammenhänge zwischen West und Ost, insbesondere zwischen Rheinland und Ostpreußen. Pamerick.

Erfolg eines Elstirer Künstlers.

Gerhard Dremsheller, der Sohn des verstorbenen Kaufmanns Joch Dremsheller, ist zum Obersteuergewissen und Schörrichter in Breslau ernannt worden. Unter einer großen Reihe von durchgemachten Ämtern und zum Teil bewährten Beamten hat man ihm dem Vortage gegeben. Es ist das ein Erfolg, wie er heute nur wenigen jungen Künstlern beschieden ist. Gerhard Dremsheller besuchte das Staatliche Gymnasium in Elstir, studierte nach bestandener Zeisprüfung zunächst bei Prof. Zinker in Berlin, später bei Prof. Ram in Veisburg Kirchenmusik und gewandelt im Laufe dieses Jahres die staatliche Prüfung abzugeben. Den ersten Unterricht im Orgelspiel empfang er von Hugo Hartung. Der Künstler ist erst 22 Jahre alt.

Heiteres.

Das Monokel.

Der Graf war nicht nur einer der besten und tüchtigsten Kavalleristen der sächsischen Friedens-Armee, auch in Selbe zeichnete er sich als Führer eines Referens-Infanterie-Regiments besonders aus.

Seine Tugend vergötterten ihn.

Wie je oft durchsicht der Graf den vorberstehen Graben, Stabstehlen, Mannschafstaumel, Koppel mit Seitengewehr, Gasmaske vor dem Weibe, aber und vorberstet Stiefel — und im Auge das Monokel, mit dem er zur Welt gekommen.

Der Mann auf der Postbank drehte sich um und sah einen ihm unbekanntem Soldaten auf sich zukommen.

„Du“, fragte er, „was für ein Soldat bist du denn eigentlich?“

„Darauf der vermunderte Graf.“

„Sagen Sie mal, haben Sie schon mal einen Vandy mit Monokel gesehen?“

„Ne — deshalb fragen ich dich dich grade, du dummes Cüber!“
 („Aus Kameraden IV.“ von Peter Purzibbaum im Brunnnoerlog, Carl Winkler, Berlin 1878.)

Offenbarung.

Es gesch, was von Himmel kam. Bestimmt wäre ich keinen Schritt aus dem Hause gegangen, wenn nicht eine dringende Konferenz mich nach dem Wesen Fierens gerufen hätte. Unterwegs begegnete ich meinem Freund Klapperfuß, Pangsam, würdevoll, zielbewußt durchläuft er die Straßen des Weltens. „Ja, Klapperfuß“, rufe ich ihm zu, „wohin bei dem Schweinevettel?“ — „Nach dem Ofen. Nach dem Gräten Weg.“ — „So weit wollen Sie, bei dieser anstehenden Kälte?“ Das haben Sie denn im Ofen zu tun?“ — „Ach, nichts, bißig is.“ — „Was ist bei diesem Welkenbaum?“ — „Schwanz der Wetterbericht vom Lokalzeitung sagt heute: Im Ofen schmächter Regenfälle!“

Anlassung des Remmträfels aus R. 5.

A	l	e	n	e	i	e	u
c	o	e	l	i	a		
b	t	t	e	l	u		
a	c	t	e	e			
t	b	o	t	e			

Allenstein — Eborn.